

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Sonderausgabe Nummer 1

für Abstimmungsberechtigte im Reich

Fertigmachen!

Von Richard Posselt

In diesen Tagen ging durch die große Presse eine Mitteilung über die Zahl der Saarabstimmungsberechtigten außerhalb des Reiches. Sie wird mit rund 55 000 angegeben und umschließt alle Abstimmungsberechtigten in der alten und in der neuen Welt. Mit einiger Ueberraschung hat man aus dieser Zeitungsmeldung erfahren, wie weit saardeutsche Menschen in der ganzen Welt verstreut sind. Noch überraschender ist die Tatsache, daß diese Menschen erst in den letzten fünfzehn Jahren in alle Welt gingen, um sich eine neue Existenz zu schaffen. Und alle, wo immer sie auch stecken, hat der Ruf erreicht: Kommt zur Saarabstimmung, rettet eure saardeutsche Heimat!

Im deutschen Vaterland außerhalb des Saargebiets sind es rund 47 000 Abstimmungsberechtigte, die am 13. Januar ihre Treue zu Vaterland und Heimat durch ihren Stimmzettel beweisen sollen. Wer sich dieser Treuepflicht entzieht, unterstützt das Werk derjenigen, die die Status-quo-Lösung ausgegeben haben, um das Saargebiet Frankreich in die Hände zu spielen. Die Erfüllung dieser Pflicht ist ebenso zwingend wie das Befolgen eines Gestellungsbefehls, nein, wie das Folgen des Rufes zur Fahne. Wer diesem Ruf nicht folgt, verlegt seine Treuepflicht gegenüber dem Vaterland und ist als Deserteur anzusehen.

Eine Ausrede gibt es nicht. Auch der in der Front stehende Soldat darf keine Ausrede anbringen. Oder wollte einer der 47 000 glauben, daß es auf ihn, auf seine Stimme nicht ankäme? Im Vertrauen auf den restlosen Einsatz jeder einzelnen deutschen Stimme haben die deutschen Vertreter in Rom und in Genf sich dafür verbürgt, daß die Abstimmung am 13. Januar das einmütige Verlangen des saardeutschen Volkes auf Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Vaterland sein werde. Im Vertrauen auf dieses einmütige deutsche Ja hat die Regierung Adolf Hitlers den Abmachungen zugestimmt, im Vertrauen auf die 47 000 Stimmen der im Reich wohnenden Abstimmungsberechtigten nimmt das gesamte deutsche Saarvolk neben vielem anderen das weitere Opfer der Beherbergung einer 3500 Mann starken Polizeitruppe auf sich.

Fünfzehn Jahre haben die deutschen Volksgenossen an der Saar die Fremdherrschaft ertragen. Fünf-

zehn Jahre lang haben sie nicht nur ihre Treue behauptet, sondern durch die Tat bewiesen. Fünfzehn Jahre haben sie auf die Freiheit, auf das deutsche Vaterland gehofft. Wollte sich da einer dieser heiligen Pflicht entziehen?

Unter diesen 47 000 sind Hunderte, die dem Ausweitungsterror französischer Besatzung, fremdherrschaftlicher Willkür aus ihrer Heimat weichen mußten. Sie sind vergleichbar jenen Frontkämpfern des Krieges, die in heißer Schlacht verwundet wurden und in der Heimat die Wiederherstellung ihrer Gesundheit abwarten mußten! Und viele Tausende, die während des fünfzehnjährigen Abstimmungskampfes aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen ihre Saarheimat verlassen mußten, sind vergleichbar jenen Landesbewohnern, die durch das Vordringen feindlicher Armeen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Am 13. Januar soll die letzte Schlacht des Kampfes um die Saar geschlagen werden. Da muß alles, was noch einen Atem hat, antreten: Die Verwundeten, die Vertriebenen und jene, die aus anderen Gründen nicht in der Front kämpften, müssen jetzt zur Stelle sein. Die Reihen der Saar-Frontkämpfer müssen für den letzten Sturm wieder voll aufgefüllt werden. Schon flattert das Sturmbanner im Winde. Von weit her kommt der letzte Ersatz.

Wir 47 000 aus dem Reich aber, wir wollen unseren Frontkämpfern an der Saar das stärkste Rückgrat sein. Wir wollen ihnen zeigen, daß wir Treue um Treue halten. Nicht einer darf fehlen. Das Kommando „Fertigmachen!“ ist gegeben. Jetzt rüste jeder, den es angeht, sein Sturmgepäck. Nichts darf fehlen, denn es gilt, Clemenceaus Heer der 150 000 Saarfranzosen so vernichtend zu schlagen, daß ein deutsch-französischer Saarstreit in alle Ewigkeit nicht wieder auftauchen kann.

Es ist nicht so, daß mit den deutsch-französischen Saarabmachungen die Saarabstimmung überflüssig geworden wäre. Im Gegenteil: Erst durch diese Abstimmung erlangen die Abmachungen Gültigkeit. Und je höher der Hundertsatz der deutschen Stimmen ist, je gründlicher wird Frankreichs

Saarirtum beseitigt und je wirksamer wird sich eine deutsch-französische Verständigung entwickeln.

Wir 47 000 haben aber noch eine besondere Pflicht, die nämlich, mit dem Spat der Separatisten, Kommunisten und Emigranten an der Saar aufzuräumen. Wir müssen der Welt beweisen, daß das, was sich an der Saar als Wortführer der Bevölkerung ausgab, landfremdes Gesindel ist, das mit dem Saargebiet und den Heimatrechten seiner Bevölkerung keine Berührungspunkte hat. Eine fehlende Stimme auf unserer Seite bedeutet eine Mehrstimme auf der anderen. Weil wir aber, die wir das neue Deutschland in seiner Aufwärtsentwicklung, in seiner Neugestaltung und in seiner inneren nationalen Geschlossenheit kennen, die unbestechlichen Vertreter des neuen Reiches sind, weil wir ein Gelübde unserer deutschen Saarheimat einzulösen haben, deshalb müssen unsere Reihen geschlossen sein, denn wir müssen den Siegeswillen des saar-deutschen Volkes in der kämpfenden Front des Saargebiets stärken.

Nur wenige Wochen trennen uns von dem entscheidungsreichen Tag, den wir so lange ersehnten. Er soll die Ver-

sailer Saarlüge vernichten. Unser ganzes Denken und Trachten muß daher darauf gerichtet sein, daß wir in diesen Tag wohl vorbereitet hineingehen. Alles, was an Formalitäten verlangt wird, muß von uns erfüllt werden. Da darf im Paß nicht das I-Tüpfelchen fehlen. Wir müssen als schlichte, aber begeisterungs- und siegesfrohe Kämpfer antreten. Wenn der Soldat in die Schlacht geht, legt er alle Abzeichen und Ehrenzeichen ab; denn nicht auf diese kommt es an, sondern auf das Herz und auf den Mut. Deshalb laßt alle Abzeichen, wie immer sie auch heißen mögen, daheim. Nur das Ehrenzeichen des großen Krieges, in dem es um Freiheit und Ehre des Vaterlandes ging, dürft ihr tragen, das schlichte Eisene Kreuz. Alles andere ist hinderlich, da es die Einreise erschwert und euch Unannehmlichkeiten bringt.

Ihr kennt eure Pflicht. Es ist heilige, nationale Vaterlandspflicht. Es ist die Pflicht der Treue, die Pflicht zur Heimat, die Pflicht des Kameraden. Darum: Fertig machen!

„Wenn ich Saarabstimmungsberechtigter wäre ...“

„Dann würde ich begierig die Rückkehr in mein deutsches Vaterland erwarten“ — sagt ein Engländer

Der bekannte englische Zeitungskönig Lord Rothermere hat sich vor kurzem ins Saargebiet begeben, um auf Grund eigener Beobachtungen und Feststellungen einen einwandfreien Ueberblick über die Lage an der Saar und über die Volksmeinung dortselbst zu verschaffen. Sein erster Aufsatz ist in der „Daily Mail“ in großer Aufmachung unter der Ueberschrift erschienen: „Wenn ich Saarländer wäre“. Seine Ausführungen sind eine einzige rückhaltlose Anerkennung der eindeutig deutschen Haltung der großen Mehrheit des saar-deutschen Volkes und ein vernichtendes Urteil gegen die Separatisten jeglicher Schattierung von Hoffmann bis Braun und Walz. Wenn diese Gesellschaft noch einen kleinen Funken von Ehrgefühl im Leibe hätte, dann müßte sie sich angesichts der Ausführungen Lord Rothermeres vor Scham in den dunkelsten Winkel verkriechen. Daß sie es nicht tut, vielmehr ihr Verräterwerk in Wort und Schrift fortsetzt, beweist, daß sie jedes Ehrempfindens bar ist.

Lord Rothermere bezeichnet in der Schilderung seines Besuchs in Saarbrücken die Mehrheit für Deutschland als eine Selbstverständlichkeit, kennzeichnet die Aufgabe für die englischen Truppen als sehr leicht und empfiehlt dabei den Bewohnern selbstverständliche nationale Pflichterfüllung. Der Aufsatz enthält folgende bemerkenswerten Sätze:

„Die Mannschaften der englischen Regimenter haben eine angenehme Ueberraschung für die nächste Woche vor sich. Weihnachten in der Hauptstadt eines deutschen Kohlenbezirktes erscheint zunächst nicht sehr verlockend zu sein. Sie werden aber die Straßen von Saarbrücken von einer Helligkeit erfüllt finden, daß die Straßen entsprechender englischer Städte geradezu düster im Vergleich dazu erscheinen. Die Bahnhofstraße und die wichtigsten Hauptstraßen sind von hellen Lichtern erleuchtet, die Schaufenster glitzern von Schmuck und Dekoration. Der englische Soldat, der hier ankommt, kann mit einem Willkommen rechnen, das ihn völlig für den Verlust seines Weihnachtsurlaubs zu Hause entschädigt. Obwohl ich stets der Ansicht gewesen bin, daß kein englischer Beamter die schwere und wenig beneidenswerte Verantwortlichkeit der Verwaltung des Saargebiets in dieser kritischen Zeit tragen sollte, muß ich anerkennen, daß die Anwesenheit eines solchen an Ort und Stelle die Verwendung britischer Truppen in der internationalen Polizeistreitmacht unvermeidlich macht.

Kein ausgesprochen deutsches Gebiet als das Saargebiet.

Aber die Aufgabe dieser Truppen wird leicht sein. Die Abstimmung ist eine Formalität, deren Ergebnis eine

Selbstverständlichkeit ist. In ganz Deutschland gibt es kein ausgesprochen deutsches Gebiet als das Saargebiet. In Aussehen, Lebensart und Kleidung und ebenso in Wort und Gedanken ist diese Bevölkerung durch und durch deutsch. Die Stimme ihres Blutes wird sicherlich alle politischen Meinungsverschiedenheiten überwinden, die zwischen einer kleinen Minderheit von ihr und ihrem Vaterland besteht.

Wenn die Schaufenster ein Symptom für die Gesinnungsrichtung ihrer Kunden sind, dann geht der Instinkt der Saarbrücker Bevölkerung in nationalsozialistischer Richtung und mindestens ebenso, wie irgendwo in Deutschland. Überall sieht man Hitler-Bücher und Hitler-Bilder.

Fünfzehn Jahre lang ist das Saargebiet eine internationale Anomalie gewesen. In dieser Stellung hat sich das Gebiet erheblicher Vorteile erfreut. Deutschland und Frankreich haben es mit Vorzugsbehandlungen bedacht. Aber derartige Bedingungen können nicht für alle Ewigkeit dauern. Das sehen selbst diejenigen ein, die ein Interesse an der Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes haben.

Das neue Deutschland — ein neuer und mächtiger nationaler Organismus.

Auf meinem Wege durch Paris bin ich keinem hervorragenden Franzosen begegnet, der nicht für die sofortige Rückgabe des Saargebietes an Deutschland war. Was die große Mehrheit der Saarbevölkerung angeht, so begreift sie instinktiv, daß die Zeit für sie gekommen ist, das Schicksal ihres Vaterlandes wieder zu teilen, ein Schicksal, das meiner festen Ueberzeugung nach unter der begeisternden Herrschaft von Herrn Hitler ein glänzenderes sein wird als jemals. Reibungen und Mißverständnissen, die sich in den vergangenen zwei Jahren gezeigt haben, als Hitler die Führung Deutschlands organisierte, sind nichts weiter als die Geburtswehen eines neuen und mächtigen nationalen Organismus.

Unter einer Bevölkerung von einem so erprobten Vaterlandsgefühl wie der deutschen Rasse wird sich das Gefühl der Blutsverwandtschaft als unwiderstehlich erweisen. Wir können die gegenwärtige Stimmung der Saarbevölkerung am besten verstehen, wenn wir uns einbilden, daß die Insel White von England getrennt und für 15 Jahre unter internationale Verwaltung gestellt würde. „Können wir uns vorstellen“, fragt Lord Rothermere, „ganz gleichgültig, was für eine Regierung in England am Ruder wäre, daß irgend jemand für irgend etwas anderes stimmen würde, als die sofortige Wiedervereinigung“.

gung mit seiner Heimat?" (Herr Hoffmann, das gilt Ihnen und Ihren „Gefinnungs“-Genossen. D. Schr.)

Saar-Rückgliederung notwendig für den Frieden Europas.

„Wenn ich ein Abstimmungsberechtigter im Saargebiet wäre“, sagt Lord Rothermere, „dann würde ich heute begierig die Rückkehr in mein Heimatland erwarten. Das ist der Weg der Sicherheit. In den internationalen Beziehungen sind alle künstlichen Ordnungen stets gefährlich. Die Theoretiker, die die Idee einer Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes predigen oder gar eine Teilung des Saargebietes, sind eine Gefahr für den europäischen Frieden. Der Frieden Europas kann niemals sicher sein, solange ein so deutsches Gebiet von seiner Heimat getrennt bleibt, und zwar gegen den offenen Willen der Mehrheit seiner Be-

völkerung und ebenso getrennt von einer glänzenden und schnellen Entwicklung einer Nation, von der es einen Teil bildet.“

Nach meinem Besuch im Saargebiet bin ich mir klarer als je darüber, wie groß das Risiko Englands war, das wir in diesem Teil Europas getragen haben. Die Verwendung französischer Truppen im Saargebiet, gleichgültig unter welchem Vorwand, könnte zu einem unabsehbaren Unglück geführt haben. Ausländische Mächte haben zukünftig keine weitere Rolle auf deutschem Boden zu spielen, und der Aufenthalt der fremden Truppen im Saargebiet sollte auf die kürzeste Zeit beschränkt werden, die zur Abhaltung der Abstimmung und zur Veröffentlichung ihres Ergebnisses notwendig ist.“

Der Sinn der Saar-Einigung

Von Werner Pardolf

Es ist kein Zweifel, daß angesichts des Großangriffs von französischer Seite gegen eine Lösung auf Grund des saar-deutschen Volkswillens in den Wochen und Monaten vorher die in den ersten Dezembertagen in Rom zustandgekommene deutsch-französische Saar-Einigung und ihre Sanctionierung durch den Völkerbundrat eine angenehme Überraschung brachte. Die Welt stand völlig unter dem Eindruck des Trommelfeuers der Stimmungsmache, wie es durch Barthous Saarpolitik ausgelöst worden war. Die französische Presse, die saar-annexionistischen Kreise Frankreichs, die separatistischen und emigrierten Agenten und leider — es muß immer wieder betont werden — auch die Saarregierung taten das Ihrige, um um das Saargebiet und seinen Freiheitskampf einen Nebel zu entwickeln, der von den Wahrheitsrufen und dem Heimkehrsehnen des deutschen Saarpvolkes kaum noch durchdrungen werden konnte.

Es ist bestimmt selten eine Nachricht mit dem Gefühl allgemeiner Erleichterung so freudig in aller Welt aufgenommen worden wie diese Mitteilung von der zustandgekommenen Saar-Einigung. Denn um die Lösung des Saarproblems drehte sich seit Monaten die ganze internationale Politik. Von der gerechten oder gewaltsamen Lösung der Saarfrage hängt der Frieden Europas ab oder drohen neue Verwicklungen. Die Saar war der Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich geworden, weil man französischerseits trotz aller gegenteiligen Erfahrungen ein Unrecht auf das Saargebiet zu konstruieren bemüht war. Die an sich gespannte Lage wurde auch nicht erleichtert durch die Saardenschrift Barthous und seine Rede, die er wenige Wochen vor seinem Tode in Genf zur Saarfrage hielt. Er erstrebte eine Entscheidung des Völkerbundes dahin, die Frage der Beibehaltung des jetzigen Regimes an der Saar, wie sie als eine der drei Punkte für die Saarabstimmung in Versailles vorgeesehen wurde, so auszulegen, daß dem Saargebiet ein „eigenstaatlicher Charakter“ mit der Betreuung durch den Völkerbund gegeben werden sollte. Mit einer solchen Neufassung des Begriffs „Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes“ (Status quo) hoffte man, innerhalb der Bevölkerung des Saargebietes eine Mehrheit zu finden, die um so größer sein würde, wenn man die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung nach etwa zehn Jahren vorsehen würde. Auf eine solche Status-quo-Lösung war in den letzten Monaten die ganze französische Saarpolitik und die gesteigerte Propagandatätigkeit der im Solde Frankreichs stehenden Separatisten und Emigranten abgestellt.

Die Verhandlungen des Dreier-Ausschusses unter dem Vorsitz des italienischen Staatssekretärs Aloisi begannen somit am 6. November unter wenig günstigen Anzeichen. Sie standen zunächst noch unter dem Einfluß der Barthouschen Politik. Es gereicht dem italienischen Staatssekretär Aloisi zur Ehre, daß er sich durch kein irgendwie geartetes Mittel davon abbringen ließ, die Arbeiten des Dreier-Ausschusses auf die Richtlinien abzustellen, die sich aus dem Saarstatut zwangsläufig ergeben. Er lehnte jeden fremden

Einfluß ab und sah nur das eine große Ziel vor Augen, mit der Lösung der Saarfrage einen Unruheherd Europas aus der Welt zu schaffen. Noch mehr. Er sah seine Aufgabe erst dann richtig erfüllt an, wenn es ihm gelang, den deutschen und den französischen Standpunkt in der Saarfrage so weit zu nähern, daß ein Abkommen von beiden Ländern als gerecht, tragbar und entspannend angesehen wurde. Man konnte schon aus der Länge der Dauer der Verhandlungen erkennen, daß Aloisi seine Aufgabe sehr ernst nahm. Aus der Berufung deutscher und französischer Sachverständiger nach Rom war ferner zu entnehmen, daß er seine Entscheidung in Übereinstimmung mit Vertretern beider Länder treffen wollte. Er hat sich nicht daran gestochen, daß ihm vom Völkerbundsrat ein bestimmter Termin für die Fertigstellung seines Berichts gestellt war. Er hat mit überlegener Ruhe den Beginn der Saartagung des Völkerbundsrates von einem Termin auf den andern verschoben lassen. Sein diplomatisches Geschick, seine Rechtlichkeit und Unparteilichkeit haben einen überragenden Erfolg errungen: Die Saareinigung kam mit Zustimmung der deutschen und der französischen Unterhändler zustande.

Die Gerechtigkeit verlangt es, anzuerkennen, daß unter dem Einfluß Laval's auch die französische Regierung sich mit einer Saarlösung abfindet, die weder den Clemenceauschen Annexionszielen noch den hinterlistigen Status-quo-Bestrebungen entspricht. Laval trägt der durch nichts zu erschütternden Tatsache Rechnung, daß die Saar deutsch ist und deshalb zu Deutschland zurückkehren muß. Ueber die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen ist eine Einigung erfolgt, die auch für Deutschland tragbar erscheint. Es wird die 150 Millionen zum Rückkauf der Saargruben, zur Eingliederung des saarländischen Teiles der einstigen elsass-lothringischen Reichslandbahnen, zur Uebernahme der Zollbahnhöfe usw. aufbringen, wenn es sein muß, durch eine gemeinsame Opfergabe des deutschen Volkes. An diesen 150 Millionen — vor Jahren verlangte man französischerseits 350 Millionen! — durfte die Einigung in Rom nicht scheitern. Der Londoner „Daily Herald“, der sich in letzter Zeit nicht gerade als deutschfreundlich bekannt hat, sagt in einem Veltaussatz zum Abschluß der Saareinigung, daß dieses römische Ergebnis „einen Triumph für die deutsche und für die französische Regierung bedeute, denn sie haben gemeinschaftlich einen Sieg für den Frieden und die Vernunft über Vorurteile und Uebelwollen errungen“. Das ist das Kennzeichen der Saar-Einigung, die, losgelöst von der Genfer Atmosphäre des Völkerbundes, sich nur dort entwickeln konnte, wo ehrlicher Wille zu Frieden, Ehre, Recht und Wahrheit vorherrscht.

Wenige Tage nach der Saar-Einigung in Rom hat auch der Völkerbundsrat in seiner Sondertagung den Saarbericht des Dreier-Ausschusses einstimmig angenommen. Der französische Außenminister Laval hat bei dieser Gelegenheit eine Erklärung abgegeben, in der ausdrücklich Frankreichs Verständigungsbereitschaft unterstrichen wird. Er sagte wörtlich: „Wenn eines Tages die Saarbevölke-

zung den Wunsch haben sollte, zum Reich zurückzukehren, dann ist es Sache des Völkerbundesrates, darüber zu entscheiden. Und wenn man mich fragt, wie sich Frankreich dann dazu stellen werde, so kann ich nur erklären: Frankreich wird sich dem nicht widersetzen."

Das ist ein anderer Ton als der, den wir noch vor wenigen Wochen von dem Vorgänger Laval vernommen haben. Jetzt darf man, wenn ein Ministerwort noch Geltung haben soll, der festen Ueberzeugung sein, daß der Tag der Saarfreiheit hereingebrochen ist. Denn diese deutsch-französische Saar-Einigung nimmt gleichsam das heute schon feststehende Ergebnis der Abstimmung am 13. Januar vorweg. Diese Tatsache bedeutet die Krönung deutscher Saartreue. Kein Pressegeschrei, kein Separatistenmanöver, kein Emigrantengeheul und kein Bericht der Saarregierung vermochten die Tatsache zu erschüttern, daß das Volk an der Saar fünfzehn Jahre lang dem deutschen Vaterland die Treue gehalten hat, und daß es jetzt am Tage der Entscheidung das nie wankend gewordene Banner deutscher Treue auf dem Bollwerk deutschen Behauptungswillens siegreich aufpflanzt.

Man hat in Genf die Annahme des Saarberichts abhängig gemacht von der Zustimmung zur Entsendung eines neutralen Truppenkontingents, um die reibungslose Durchführung der Abstimmung am 13. Januar zu gewährleisten. Deutschland hat, nachdem Laval ausdrücklich auf eine militärische Saaraktion verzichtet hatte, der Aufstellung dieser sogenannten Abstimmungspolizei zugestimmt, obwohl es eine solche Maßnahme nicht für notwendig hält. Auch wir sind der Meinung, daß man sich diese Ausgaben sparen könnte, da die Bevölkerung des Saargebiets selbst die Gewähr für Ruhe und Ordnung bietet, sofern man die landfremden Elemente der Separatisten und Emigranten entfernt.

Wir haben Verständnis für die Klageklieber, die seit der römischen Einigung in den Kreisen der Separatisten und Emigranten aller Schattierungen gesungen werden. Sie haben wahrlich keine Mühe und Kosten gescheut, um die Weltmeinung für ihre eigensüchtigen Status-quo-Pläne zu gewinnen. Denn nachdem sie jede Gemeinschaft mit dem deutschen Volk und dem deutschen Vaterland verleugnet haben, bedeutet die deutsch-französische Saar-Einigung für sie den Zusammenbruch all ihrer Hoffnungen und Pläne. Mag einigen von ihnen durch das neue Garantieabkommen für Nichtabstimmungsberechtigte bei mindestens dreijähriger Anwesenheit im Saargebiet eine leise Hoffnung auf ein langsames Vergessen ihrer Untaten erwachsen, eine politische Rolle werden sie weder hüben noch drüben zu spielen in der Lage sein; denn wer sein Vaterland in schwerer Not verleugnet, wird auch ein anderes Vaterland mit oder ohne Naturalisation nie wieder finden. Mit solchen Elementen ohne Charakter und ohne nationale Verantwortung will kein anständiger Mensch etwas zu tun haben. Das ist ihnen gerade in den letzten Wochen von den französischen Frontkämpfern in so deutlicher Form gesagt worden, daß auch sie es empfunden haben werden, wie man sie als Menschen zweiter Klasse verachtet.

Wir haben schon in unserer letzten Anmerkung zu der römischen Einigung darauf hingewiesen, daß nicht alle, die heute im Lager der Separatisten, Emigranten, Kommunisten und Margisten stehen, sämtlich unsere Verachtung verdienen. Wir glauben, daß unter den Verführten noch manche sich am Tage der Entscheidung ihrer deutschen Mutter, ihres deutschen Blutes und ihrer deutschen Heimat erinnern werden. Mögen ihre sogenannten Führer ihr Nein gegen Deutschland in die Wahlurne legen, sie aber, die noch ein Gewissen haben, die sich noch ein Fünkchen nationalen Empfindens bewahrt haben, und die trotz allem den Glauben an Deutschland nicht verloren haben, sie werden am 13. Januar gegen Braun, Hoffmann, Walz und Genossen für Deutschland stimmen.

Das Saar-Drama, wie es in Versailles begann, rollt nun mit unheimlicher Geschwindigkeit ab. Raum vermag das menschliche Organisationswerk zur Durchführung der Abstimmung dem Zuge des Herzens, dem Impuls der Treue und der Sehnsucht der deutschen Seelen zu folgen. Fast scheint es, als beschleunigten selbst die Zeitmaße ihr Tempo, als könnten sie nicht schnell genug den 13. Januar erreichen. Überall an der Saar und im Reich lobt die Freude über

die kommende Freiheit der Saar auf, überall regen sich Hände und Herzen, um den unnatürlichen Zustand, wie er in Versailles für das Saargebiet diktiert wurde, so schnell wie möglich zu beseitigen. Wir danken es den Männern, die als Deutschlands Vertreter die Verhandlungen in Rom führten und das Saar-Einigungswerk zustande brachten, daß sie sich über toten Formelstram hinwegsetzten und bereits ein Werk errichteten, das statutenmäßig erst nach der Abstimmung geschaffen werden sollte, nämlich die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen zur Uebergabe der Saargruben, der erwähnten Bahnstrecken und Zollhäuser an den rechtmäßigen deutschen Eigentümer. Wir danken es den deutschen und den französischen Unterhändlern, daß sie sich über das Ergebnis der Abstimmung einig wurden und darauf ihr Verständigungswerk aufbauten. Denn daß der Bericht des Dreier-Ausschusses auch noch die beiden anderen Möglichkeiten des Volksentscheids erwähnt, ist eine Formsache, die keine Bedeutung hat. Es ist auch eine Formsache, daß Laval in Genf in einer zweiten inoffiziellen Erklärung die Frage einer zweiten Saar-Abstimmung streifte. Er hat dabei ausdrücklich auf die Bestimmungen des Saarstatuts verwiesen und dadurch indirekt zum Ausdruck gebracht, daß eben eine zweite Abstimmung nicht möglich ist. Da nützen nachträgliche Deuteleien und Propagandatrias nichts: Laval geht von den Vertragsbestimmungen von Versailles aus, und darin ist lediglich die Rede davon, daß nach Ablauf der fünfzehn Jahre das Volk an der Saar aufgerufen werden muß, damit es sich über sein künftiges Schicksal entscheidet. Das allein ist maßgebend und nicht das, was sich die Brauns, Hoffmanns und Genossen wünschen.

Wenn man das Geschreibsel der Emigranten- und Separatistenpresse verfolgt, findet man darin die Mutmaßung, als hätte man auf deutscher Seite Besorgnisse über den Ausgang der Saarabstimmung gehabt. Die so etwas schreiben, wissen, daß es Lüge ist. Besorgnisse haben bestanden, die nämlich, daß es den französischen Anexionisten gelingen könne, einen Gewaltstreich gegen das Saargebiet auszuführen, wie er sich in der Ankündigung eines militärischen Einmarsches ausdrückte. Das hat nichts mit der Volksmeinung an der Saar zu tun. Die solche Hoffnungen hegten, durften allerdings auch davon überzeugt sein, daß ein solcher Gewaltstreich den Willen der Bevölkerung, deutsch zu sein und zu bleiben, nicht hätte brechen können. Oder hat man je geglaubt, daß diese fünfzehnjährige Prüfungszeit die Herzen matter und den Willen zaghafter gemacht hätte, als wie sie in den Einmarschtagen des November 1918 vorhanden waren? So etwas können nur vaterlandslose Gesellen behaupten, Elemente, die den Begriff Treue nicht kennen, die ihr deutsches Blut verleugnen, nie aber Menschen, die heimatgewachsen sind und deren Deutschtum im Heimatboden verwurzelt ist.

Wir aber, die wir teilhaben durften an dem Kampf um deutsche Saarfreiheit, wollen uns des Erfolges freuen, den deutsche Treue errang. Wir schließen uns der Auffassung der französischen Frontkämpfer an, die Gelegenheit hatten, unsern Führer und Kanzler Adolf Hitler zu sprechen und mit ihm den Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung zu überlegen. Wir gedenken dabei jener Worte des Führers auf dem Ehrenbreitstein: „Die Saarfrage ist die einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt. Nach ihrer Lösung besteht kein sichtbarer vernünftiger Grund, daß zwei große Nationen sich ewig und in alle Zukunft weiter befenden.“ Das ist der Geist des Frontkämpfers, der aus diesen Worten spricht, des Frontkämpfers, der den Weltkrieg miterlebte, und der auch in den Stahlgewittern dieses Krieges niemals vergessen hat, daß auch der Soldat auf der andern Seite für sein Vaterland kämpft. Denn dieser Krieg wurde verursacht durch Revanchegeist, Eroberungslust und Handelsneid kapitalistischer Kreise, die nicht das Volk bedeuten. Die Völker an sich sind friebliebend und deshalb zur Verständigung bereit. Die den Krieg vorbereiten und den Krieg wollen, sind jene Elemente, die die heiligsten Gefühle der Völker, nämlich das National- und Heimatgefühl, mißbrauchen, um unmoralischen Menschen- und Länderschacher oder teuflische Profitpolitik zu betreiben. Angesichts des in Rom und Genf zustande gekommenen Verständigungswerkes muß die Tätigkeit, die vor und nach der Einigung von den sogenannten Führern der Kommunisten, Margisten, Separatisten und Emigranten noch immer an der Saar zur Abtrennung des

Saargebiets vom deutschen Vaterland betrieben wird, als Förderung jener Kriegspolitik bezeichnet werden, die eine deutsch-französische Verständigung nicht aufkommen lassen will, weil sie ihren persönlichen Interessen nicht dienlich erscheint.

Wir ändern aber, die wir mit dem gesamten saardeutschen Volk für Wahrheit und Freiheit an der Saar gekämpft haben, wir treten mit voller Ueberzeugung in die Front, wie sie Adolf Hitler mehr als einmal vor aller Welt aufgestellt hat, in die Front des Friedens, der Verständigung, Gleichberechtigung und des Rechts. Denn mit der Vereinigung der Saarfrage besteht zwischen Frankreich und Deutschland keine Streitfrage mehr, weshalb nicht eingesehen werden kann, daß sich diese beiden Völker, die ihre Waffenehre mehr als einmal auf dem Schlachtfelde bewiesen haben, nicht auch auf dem Felde des Friedens und wirtschaftlichen Zusammenarbeitens treffen sollten. Damit wird der Menschheit mehr gedient als mit

jener Verleumdungs- und Verhehungspolitik, zu welcher sich Marxisten, Kommunisten, Emigranten, Separatisten und sogenannte Kreuzkämpfer zusammengefunden haben. So unwahr und unnatürlich diese Verbindung ist, so unwahr ist ihr Kampf, so unwahr ihr Ziel. Sie kennen nur einen Zweck: ihr persönliches Interesse. Das Saarloft wird am 13. Januar über sie zur Tagesordnung übergehen, und die Geschichte wird sie einst als das bezeichnen, was sie sind: Verleugner und Verleumder ihres Volkes.

Rom und Genf haben auch über diese Kreise das Urteil gesprochen. Das wissen sie am besten und suchen jetzt nach neuer Ausdrucksform. Aber auch diese neue Tarnung verrät noch ihre alte Fraße. In Rom wurde der Weg für den 13. Januar freigemacht, den Weg, der aus der Tiefe des Fremdschicks hinaufführt zur Höhe des Triumphes und der Freiheit. Deutsches Saar-Volk, deine Treue wurde belohnt, dir winkt die Freiheit in einigen deutschen Vaterland!

Nach der Entspannung

Von einem Abstimmungsberechtigten wird uns geschrieben:

Die Entwicklung, die die Behandlung des Saarproblems in den letzten Wochen in Rom und Genf genommen hat, muß jeden, der für die Erhaltung des Friedens und für eine Verständigung der Völker ist, mit Genugtuung erfüllen; denn sie läßt erhoffen, daß die Wiedervereinigung des deutschen Saarlandes mit seinem Vaterlande nunmehr ohne große politische Schwierigkeiten vor sich gehen wird. Es steht wohl nun fest, daß das dem Saarloft und mit ihm dem ganzen deutschen Volke durch den Versailler Vertrag angetane große Saarunrecht endlich beseitigt wird; wieder gutmachen läßt es sich ja nicht, denn dazu ist all das der Bevölkerung an Opfern und Not, an Gewissenszwang und Unterdrückung zugefügte Leid zu schwer. Es können zwar schließlich Wunden geheilt und Schäden beseitigt werden, aber Narben und Bruchstellen werden bleiben. Die, die in Versailles dieses Unrecht schufen, müssen die Verantwortung hierfür persönlich und vor der Geschichte tragen. Auch die, die durch ihre Verwelschungsbestrebungen an der Saar das Unrecht noch vergrößert und die politische Atmosphäre so stark vergiftet haben, werden bei einer späteren Beurteilung der Vorgänge, wenn sie objektiv ist, nicht gut wegkommen; denn eben so schwer, wie man in Versailles gesündigt hat, weil man ein rein deutsches Gebiet gegen den Willen seiner Bevölkerung gewaltsam von seinem Vaterlande abtrennte und es zu einem Abstimmungsgebiet machte, haben die gesündigt, die später mit allen möglichen Mitteln versucht haben, die deutschen Menschen an der Saar zu bewegen, ihrem Volk und Staat untreu zu werden. Wenn sich die Bevölkerung gegen die Franzöisierungsbestrebungen wehrte und bestrebt war, ihr Deutschtum zu pflegen, dann wurde sie ins Unrecht gesetzt, wurden namentlich in der ersten Zeit ihre Führer verhaftet, ausgewiesen, verurteilt. Allgemein wird sonst Vaterlandsliebe und Festhalten am Volkstum als eine hohe Tugend gepriesen. An der Saar aber sollte dies ein Verbrechen sein. Bis in die letzte Zeit wurde von den Gegnern der Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche mit Lügen und Verleumdungen gearbeitet, ohne daß von der Regierungskommission ernstlich etwas dagegen unternommen wurde. Sie brachte es sogar fertig, uns Saardeutschen verantwortlich zu machen für die starke Zuspitzung des Kampfes, obschon wir immer angegriffen und unsere vaterländischen Gefühle andauernd auf das schwerste verletzt wurden. Dabei hat die Bevölkerung sich stets bereit erklärt, in der loyalsten Weise mit der ihr aufgezwungenen Regierungskommission zusammenzuarbeiten, hat immer eine musterhafte Ordnung gezeigt, hat sich nie, auch gegen ganz offensichtliches schweres Unrecht gewaltsam zur Wehr gesetzt. Daß von der Bereitwilligkeit der Bevölkerung zur ehrlichen Mitarbeit kein Gebrauch gemacht worden ist, lag nicht an uns Saardeutschen, sondern an der Einstellung der Regierungskommission, die kein Verständnis zeigte für berechnete Wünsche der Bevölkerung.

Gewiß, wir Saardeutschen haben uns mit Hartnäckigkeit, ja Verbissenheit gegen alles gewehrt, was gegen unser deutsches Empfinden oder gegen unser Festhalten am Deutschtum gerichtet war. Denn wir waren und sind ebenso stolz auf unser Deutschtum und unser deutsches Vaterland wie die Angehörigen anderer Länder auf das ihrige. Ebenso hoch wie z. B. Franzosen, Engländer, Italiener usw. ihre Eigenart, ihre Kultur schätzen, schätzen wir an der Saar unsere deutsche Kultur, von der unser ganzes Denken und Fühlen aufs tiefste durchdrungen ist. Sie war, ist und wird uns stets heilig sein! Ganz Deutschland muß den Brüdern und Schwestern an der Saar für ihre in schwerster Zeit bewiesene treudeutsche Haltung aus tiefster Seele dankbar sein. Wir haben die für uns so schmerzliche Trennung von unserem Vaterlande, die trotz der von uns hiergegen eingelegten Verwahrung für 15 Jahre erfolgte, zwar unendlich tief bedauert, aber doch mit Mut und Würde auf uns genommen.

Nie ist die Saarbevölkerung um ihre Meinung gefragt worden, auch nicht in den allerwichtigsten Dingen. Der Landesrat wurde von der Regierungskommission nur gehört, um einer Form zu genügen, nicht aber, um seine Meinung zu berücksichtigen. Wenn er seine Ansicht zum Ausdruck gebracht hatte, dann machte die Regierungskommission doch ganz, was sie wollte. Fast immer standen ihre Entscheidungen im Gegensatz zu dem, was der Landesrat vorgeschlagen hatte. Die Saarbevölkerung ist für die Regierungskommission so gut wie ausschließlich Objekt gewesen, Objekt für allerlei untaugliche Experimente. Und der Rat des Völkerbundes hat diese Behandlung der Bevölkerung nicht nur geduldet, sondern vielfach mitgemacht. Auch der jetzt gefasste Beschluß, eine fremde Polizeitruppe ins Saarland zu entsenden, erfolgt gegen den Willen der Bevölkerung, weil sie der Auffassung ist, daß Ruhe und Ordnung an der Saar nicht in Gefahr sind, wenn man den gewerbsmäßigen Hehern und Aufwieglern aus den Reihen der Separatisten, Emigranten, Kommunisten und Marxisten das Handwerk legt.

Trotzdem nimmt die Bevölkerung auch diese erneute Belastung ohne Auflehnung hin, weil sie weiß, daß es die letzte Bedrückung sein wird. Sie wird auch alles zu vermeiden suchen, was der Truppe irgendwie Anlaß zu einem Einschreiten geben könnte. Worauf sie aber nicht verzichten kann, ist das Recht, weiter zu arbeiten im Sinne der Rückkehr zum Reich. Sie erwartet daher auch, daß sie bei dieser Tätigkeit, soweit sie sie für nötig hält, nicht gestört wird.

Zwei von den Hauptverantwortlichen für das, was in Versailles geschaffen wurde, Wilson und Clemenceau, weilen bereits nicht mehr unter den Lebenden. Und der dritte, Lloyd George, hat das Unrecht, das man der Saarbevölkerung in Versailles angetan hat, längst eingesehen, und was viel mehr bedeutet, auch zugegeben. Erst vor wenigen Tagen veröffentlichte er einen Aufsatz unter der Ueberschrift: „Die fünfzehn Jahre sind um“. Darin gibt er nicht nur restlos zu, daß die Bevölkerung an der Saar deutsch

Ist, sondern stellt auch fest, daß die Behauptung Clemenceaus, „an der Saar gäbe es 150 000 Franzosen, eine Erfindung von Tardieus Statistikern“ war. Weiter heißt es in dem Aufsatz: „Niemand, selbst nicht die Franzosen, glaubten auch nur einen Augenblick daran, daß die Saarbevölkerung für die Zugehörigkeit zu Frankreich stimmen könnte.“ Viel bedeutender ist jedoch das, was Lloyd George über die Auswirkung, die der „Status quo“ haben muß, sagt. Wir zitieren wörtlich:

„Jeder, der den Frieden Europas will, mag er ein Freund Deutschlands oder ein Freund Frankreichs sein, wird vor allem die Hoffnung hegen, daß die Abstimmung eine so überwältigende Mehrheit ergeben möge, daß jeder Versuch, sei es in der Saar selbst oder von außen her, die gefällte Entscheidung mittels Gewalt umzustößen, von vornherein ausgeschaltet wird. Die für den Frieden Europas glücklichsste Lösung würde zweifellos eine klare Entscheidung für Wiedervereinigung mit Deutschland und eine schnelle und friedliche Vereinbarung der Bedingungen sein, zu denen die Gruben von den Franzosen zurückgegeben werden. Nichts wäre verhängnisvoller für Frankreich wie für Deutschland, als die endgültige Abtrennung der Saar von Deutschland und die Errichtung eines unabhängigen deutschen Staates an Deutschlands Grenzen. Er würde der Sammelpunkt für alle Elemente werden, die gegen die deutsche Regierung Intrigen zu spinnen wünschen, eine Pestbeule, die dauernd Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich schwären ließe; er würde die Befriedung Europas unmöglich machen. Für Frankreich würde es eine Rechtfertigung des schon halb vergessenen Gedankens bedeuten, daß das Rheinland sich leicht von Deutschland lösen lasse; es würde in ihm den Ehrgeiz nach weiteren Annexionen am Rhein erwecken.“

Eine nur geringfügige Mehrheit zugunsten der Rück-

kehr zu Deutschland könnte bei den Franzosen des linken Rheinufers eine Tendenz zu Interventionen hervorrufen. Der Aufsatz, den der frühere französische Präsident, Senator Millerand, vor ein paar Tagen geschrieben hat, ist ein düsteres Omen in dieser Hinsicht. Er lehnt es ab, sich mit dem Gedanken, die Saar könne wieder ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches werden, überhaupt ernstlich zu befassen. Er erinnert an Fochs Forderungen der Wiederaufrichtung des napoleonischen Regimes am linken Rheinufer. Wenn die Mehrheit für Deutschland an der Saar schwach ausfallen sollte, so wird die Spannung stärker werden, und das Unheil ist im Anzug.“

Das schreibt wörtlich Lloyd George, der Mann, der an dem Zustandekommen der Versailler Bestimmungen ganz wesentlich mit beteiligt war. Kann es für uns Abstimmungsberechtigte einen deutlicheren Hinweis geben für das, was wir am 13. Januar zu tun haben? Wohl kaum! Wir alle haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das, was auch Lloyd George richtig kommen sieht, wenn die Abstimmung nicht mit einer überwältigenden Mehrheit für Deutschland ausgeht, verhindert wird. Wir wollen keinen politischen Segenstempel an der Saar haben, sondern endlich wieder zu einem erträglichen Verhältnis mit Frankreich kommen, damit wir mit Deutschland vereinigt in Ruhe und Frieden unserer Arbeit nachgehen können.

Wer für den „Status quo“ stimmt, übt nicht nur Verrat an seinem Volk und Vaterland, sondern muß auch die Verantwortung mit dafür übernehmen, daß das kommen kann, was Lloyd George eine Pestbeule nennt, die dauernd Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich schwären läßt. Wer könnte diese Verantwortung tragen? Ein national und christlich fühlender Mensch niemals, der ist vielmehr in seinem Gewissen verpflichtet, für die Rückkehr zu Deutschland zu stimmen.

Das Saargebiet in Abstimmungs-Atmosphäre

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel - Berlin

Die Frist der Lostrennung des Saargebiets vom Reiche steht unmittelbar vor ihrem Ablaufe. Die Tage nur noch werden gezählt, die eilend enttrinnen. Ueber 15 Jahre lang schon leben wir hier an der Saar wie in einem Schwebestand, in dem man uns nach dem Willen von Versailles unseren Rückhalt in der deutschen Volksverbundenheit streitig macht. Wir sollten ja eine „Schonfrist“ erhalten, um unter der völligen „Freiheit“ als Völkerverbundenheit die uns unter dem preussischen Militärstiefel, so fabelten unsere „neuen Freunde“, aufgezwungene Verpreuung abzustreifen, wie die Schlange ihre Haut abstreift! Natürlich würden dann „washedte Franzosen“ aus dieser Umhüllung empor-schießen, die sehnsüchtig nach der gütigen Marianne heischten! Lloyd George stand ja bei der Hoffnung auf diese Umwandlung der Saarländer höchst eigenhändig Pate, denn in seiner „staatsmännischen“ Weisheit sprach er die uns lächerlich anmutenden „prophetischen“ Worte aus: „Ich bin überzeugt, daß, wenn in einigen Jahren eine Volksabstimmung stattfinden würde, die Bevölkerung nicht verlangen würde, zu Deutschland zurückzukehren!“ Dieser „kluge“ Mann, die diplomatisch-staatsmännische „Inkarnation“, hat sich mit diesem Ausspruch unsterblich blamiert!

„Saarländer!“ Als staatspolitischer Begriff, der uns zu einer Art völkischen Neutums gestalten sollte! Die „Weisen von Versailles“ müssen doch aller menschlichen Vernunft bar gewesen sein, wenn sie annahmen, es handle sich bei blutvollen Menschen um rein materielle Dinge. Wie sie sich kaltblütig deutsche Wertobjekte in die „Siegetaschen“ stopften, so glaubten sie auch, die Menschen an der Saar als Siegesobjekt nach ihrem Willen umformen zu können, wie man Werkstücke ineinander formt. Hier aber versagte ihre „staatsmännische“ Kunst, das Menschenmaterial an der Saar erwies sich als zu spröde. Die Saarländer blieben trotz aller Werkerei, die

man an ihnen ausprobierte, doch, was sie immer gewesen: Deutsche, die sich absolut nicht zu Franzosen umhüuten wollten.

Wie wir durch den Betrug von Versailles das Objekt internationaler Spekulation vor 16 Jahren waren, und wie wir es auch all die Jahre hindurch geblieben, ist jetzt zum Schluß unserer „Prüfungszeit“ unter deutsches Saarland erst recht der internationale Schauplatz, auf dem immer mehr Ausländer sich in die Saardinge einmischen und Recht und Gewalt über uns haben. Wir sind in das Zentrum der europäischen Politik geraten, ja, so sagt man, wir sind das Jünglein an der Waage zwischen Krieg und Frieden. Wandern wir heute durch unsere Saarbrüder Hauptstraßen, oder suchen wir unsere besseren Wirtschaften auf, überall erklingen fremde Zungen, machen sich Abgesandte fremder Länder breit. Die Hauptstadt des Saargebiets, besonders Saarbrücken, erhält immer mehr einen internationalen Anstrich durch diese Invasion. Da tauchen die Mitglieder der Abstimmungs-Kommission auf, die ersten fremdländischen Offiziere unseres braven Landjägerkorps und unserer Polizei mit ihren leuchtenden goldenen Ärmelstücken mischen sich da zwischen, auch ihr Damenanhang fehlt nicht. Ein allerhöchstes Abstimmungsgericht internationaler Juristen hat sich hier häuslich niedergelassen und das schon lange bestehende Oberste Gericht vermehrt. An die 900 Vor-sitzenden für die einzelnen Abstimmungslokale werden noch erwartet. Einige tausend fremder Truppen haben sich in Annarsch gesetzt, um hier über die Ruhe und Sicherheit während der Abstimmungszeit zu wachen. Wir haben diese Invasion unserem Minister Knox zu verdanken, der den Völkerverbundsrat mit seinen Greuelmeldungen über den deutschen Terror an der Saar geradezu überschüttet hat. Nun, er hat jetzt seinen militärischen Schuh, der sich als ebenso überflüssig erweisen wird wie der berück-

tigte Bahnstrecke, der sich damals hier bei dem Mangel jeder aktiven Tätigkeit mit militärischen Spielereien auf deutschem Boden amüßte. Betrachtet man sich hier das internationale Gehebe mit nüchternen Blicken, dann wird man unwillkürlich an das französische Sprichwort erinnert: „Tant de bruit pour une omelette!“

Die ehrsame und ruhige Bürgerschaft des Saargebiets fragt sich ja mit Recht, wozu all dieser Aufwand, wozu diese Gängelei durch landfremde Menschen, die der deutschen Seele an der Saar doch verständnislos gegenüberstehen. Davon zeugen so manche Anordnungen der Abstimmungs-Kommission, deren Bemühen um unparteiliche Entscheidungen wir trotzdem nicht anzweifeln wollen, davon zeugen vor allem die rigorosen Urteile, die das internationale Abstimmungsgericht gleich zu Anfang seiner Tätigkeit zu fällen sich bemüht hat. Dem Geklerhüt der blutlosen „Neutralität“ sollen wir hier die Reverenz erweisen. Gelassen sieht die Bevölkerung diesen Geschehnissen zu, wenngleich sie uns zeigen, wie rechtlos wir hier an der Saar unter der hohen Gunst des Völkerbundes eigentlich sind. Doch gemacht, die Zeit der völkischen Unterdrückung des Deutschtums an der Saar geht ja ihrem Ende entgegen!

Schlimmer aber wie alle diese internationale Einmischung ist das Schlangengezücht der Margisten, Kommunisten und Emigranten in ihrer „antifaschistischen Einheitsfront“, die ihr verräterisches Gift verspricht. Tagtäglich ein schamloses Lügengebräu in ihrer Presse, die ihr eigenes Schandmal frech an der Stirne trägt. Keine Lüge und Verleumdung des Reiches ist schamlos genug, um sich hier nicht an die Öffentlichkeit wagen zu dürfen — ungehindert durch die „neutrale“ Saarregierung. Ein Schandmal verlogenen Journalismus, wie es schlimmer und böswilliger wohl niemals mehr in der Welt anzutreffen ist. Frechste Fälschungen politischer Vorgänge, um die sich leise spinnenden Fäden einer deutsch-französischen Verständigung zu zerreißen, um die sich anbahnende beiderseitig zufriedenstellende Lösung der Saarfrage zu vereiteln. Selbst das Heiligste für gläubige Menschen, die Religion, wird in den Dienst der Landesverräter gestellt. Noch in letzter Stunde und wohl auch als letzte Rettungshoffnung die Gründung einer Art katholischen Volkspartei, zu der man einige Volksgenossen unter trügerischen Vorspiegelungen zu verführen suchte. Gerade zur rechten Zeit ist dieses Kulissenspiel noch enthüllt worden, das der Beauftragte der französischen Bergwerksdirektion, Rossenbeck, in Szene gesetzt hat. Die Enthüllungen müssen in Paris wie eine Bombe gewirkt haben. Wenn der französische Außenminister Laval nicht öffentlich desavouiert werden soll mit seinem Worte, daß es ihm nur um die Sicherung der Freiheit der Abstimmung gehe, und daß er den Willen der Saarbevölkerung respektieren werde, dann muß die französische Regierung stark genug sein, der politischen Intrige der ihr unterstellten Bergbehörde endlich ein Ende zu machen! Aber auch sonst tracht und birbt es in dem faulen Gebälk der Status-quo-Front. Die enthüllte Käuflichkeit des „Westlandes“, die immer kläglich werdenden Rundgebungen der antifaschistischen Einheitsfront, deren Reihen sich immer mehr lüften, künden den elenden Zusammenbruch des Landesverrates an der Saar an.

Bewundernswert die Ruhe und Geschlossenheit, mit der die Bevölkerung an der Saar dieser schamlosen Anpöbelung ihres Deutschtums gegenübersteht. Eiserne Disziplin wird gewahrt, um den gewollten Anreiz zu Ruhestörungen zu mißachten. Wer irgendwie noch einen Zweifel daran hegte, daß bis auf die Clique kläglichster Gefellen der „Status-quo-Front“ das deutsche Saarvolk geschlossen dasteht, um am 13. Januar dem Spieß der Separatisten ein Ende zu machen, den müssen die immer wichtiger werdenden Rundgebungen für die Rückkehr zum Reich überzeugen, wohin der Wille des Saarlandes gerichtet ist. So hat der christliche Bergarbeiter-Verband einen scharfen Strich gezogen zwischen sich und seinen alten Führern Kuhn und Imbusch, die in unglaublicher Verblendung als Werber für den mit französischem Geld der Bergwerksdirektion gegründeten sogenannten katholischen Volksbund sich zu betätigen versuchten. In einer Erklärung erneuert der Ver-

band den Ende 1918 auch von Kuhn geleisteten, aber jetzt gebrochenen Schwur, keinen Fuß breit deutschen Erde preiszugeben, indem er bekundet:

„Niemals soll Frankreich, auch nicht unter einem Status-quo-Regime, über unsere urdeutsche Heimat triumphieren! Wir werden das bleiben, was unsere Väter waren: deutsche Saarbergleute, die sich nicht trennen werden von ihrem Deutschland!“

Der Ausschluß von Kuhn und Imbusch aus dem Verband wurde einstimmig vollzogen. Noch gewaltiger aber war der Eindruck der großen Rundgebung in dem in Saarbrücken errichteten 40 000 Menschen fassenden Riesenzelt, zu der die Deutsche Front am letzten Sonntag eingeladen hatte. Keine große Propaganda war erforderlich, um dieses Zelt zweimal zu überfüllen zu einem Bekenntnis zum Reich. Eine Rundgebung von solcher Größe und Gewalt, wie sie das Saargebiet bisher noch nicht erlebt hat. Zu gleicher Zeit fanden in den verschiedenen Ortschaften des Saargebiets noch gegen 100 gleichgerichtete Rundgebungen statt, die überall einen starken Zulauf hatten.

Es wird vergebliche Mühe bleiben, diesen Aufklang der Stimme des Saarvolkes als das Ergebnis zwingenden Parteidrucks hinzustellen. Überall herrschte musterhafte Ordnung und strengste Disziplin. Es ist vielleicht ganz gut, daß sich das Ereignis gewissermaßen vor den wachsamsten Augen von Hunderten von Ausländern abspielte, die verwundert den Kopf geschüttelt haben mögen, wenn sie sich der Schreckbilder Mister Knox erinnerten, wie gefährdet hier an der Saar die öffentliche Ruhe und Sicherheit sei. Das Beispiel dieses Sonntags war der schlagendste Beweis dafür, daß es hier keines militärischen Schutzes bedarf, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten!

Aber auch schwerste seelische Bedrückung lastet auf der deutschen Saarbevölkerung, die mit der Zeit immer unerträglicher geworden ist. Ein Stachelndraht-Gehege von Verboten und Strafandrohung bis zur Zuchthaus-Achtung umgibt uns, das sich unsere landfremde Regierung zurecht gehämmert hat, um uns ihre neutralen Scheuklappen aufzuzwingen. Subjekte, die in jedem anderen Lande der Verachtung preisgegeben sind, werden den volkstreuen Bürgern behördlich gleichgestellt, die klägliche „Partei“ schamlosen Volksverrats soll gleiche Geltung haben wie die überwältigende Mehrheit der Volkstreuen. Der Landesverrat unter dem amtlichen Schutz der Landesregierung selbst! Wo in aller Welt gibt es das, als ausgerechnet in dem Treuhändergebiet des Völkerbundes! Über 800 000 deutschen Volksgenossen an der Saar hat man unter dem Zwange einer bewußten Lüge auf ein halbes Menschenalter hinaus des hohen Gutes der Zugehörigkeit zum angestammten Volke verlustig erklärt, hat ihnen eine Selbstprüfung zugemutet, ob sie nicht besser täten, ihre Volksabstimmung vor aller Welt zu verleugnen, all die Jahre hindurch hat man ihre völkische Zukunft im Dunkeln gehalten, hat man feile Verräter gebunden, um den deutschen Grund ihrer Heimat zu untergraben, hat man allerhand Druck- und Zwangsmittel angewandt, um für den Volksverrat Opfer zu erpressen. Wahrlich, ein gerüttelt Maß verbrecherischer Schuld gegen die freie Menschenwürde hat sich hier an der Saar aufgehäuft, ein Maß von Schuld, daß die Regisseure des würdelosen Spiels, das mit der Saar getrieben wurde, niemals wieder gut machen können, da es für seelische Qualen keinen Ausgleich gibt.

Es wird daher höchste Zeit, daß dieses Spiel zu Ende geht. Wenn das deutsche Saarvolk am 13. Januar gesprochen hat, wird ein Rückblick auf seinen Leidensweg die Erkenntnis bringen, daß deutsches Volkstum siegreich alle ihm in den Weg gelegten Hemmnisse überwunden hat. Ein Sieg deutschen Volkswillens zur Einigkeit und Geschlossenheit, ein Sieg des deutschen Willens zur Geltung gegenüber anderen Völkern vor aller Welt! Gern hören wir hier an der Saar, daß die letzten Verhandlungen über das Saarproblem zu deuten seien im Sinne einer Ge-

rechtigkeit für die Saar, gern vernehmen wir, daß sich auch die Fäden spinnen zu einer Verständigung zwischen dem Reiche und unserem Nachbarvolk. Wir hegen keinen Haß gegen die Franzosen als solche, wissen wir doch, daß das französische Volk selbst die Unterdrückung der Saar nicht will. Freudig hätten wir als Schützer der Ruhe und Ordnung in der Abstimmungszeit hier französische und deutsche Frontkämpfer vereint gesehen, ein Vorschlag reiner Vernunft, die aber in der Diplomatie weniger zu Worte kommt. Hier hätten sich bei Annahme des Vorschlages Deutsche und Franzosen gegenseitig zu achten gewußt, und auch im Saarlande wären die französischen Front-

kämpfer willkommener gewesen, als es fremdes Militär nun einmal ist. Schade eigentlich, daß hier die Gelegenheit, Verbindungsfäden zu knüpfen, versäumt worden ist. Die Gewißheit aber haben wir, daß wir durch eine Abstimmung für Deutschland auch für die Erhaltung des Friedens stimmen, denn nach einer gerechten Lösung der Saarfrage wird der Weg zu einer dem wahren Frieden dienenden Verständigung mit unserem Nachbarvolke erst frei. Nach der Rückkehr zum Reiche werden auch wir mit dem ganzen geeinigten Volke dem Frieden und damit der Verständigung mit Frankreich zu dienen bereit sein, und vieles mag vergessen werden, was wir erlitten haben.

Die andere Seite

Rossenbeck — der Finanzier der Saarseparatisten

Es ist kein Geheimnis, daß der sogenannte Saarseparatismus eine künstlich gezüchtete und aus Mitteln des französischen Propagandafonds sorgfältig gehütete, von auswärts eingeführte Pflanze ist. Ihre Einführung hat noch der berühmte französische Propagandamajor Richert besorgt, der auch die notwendigen Mittel freizumachen wußte. Das war nicht allzu schwierig, weil die französische Bergwerksdirektion in Saarbrücken nicht lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hatte, sondern — vertragswidrig — auch einen bestimmten politischen Aufgabenkreis übertragen erhielt. Nach dem schlichten Abschied, den Herr Richert im Saargebiet nehmen mußte, liefen die ganzen französischen Propaganda- und politischen Fäden in der französischen Bergwerksdirektion zusammen. Man unterhielt hier ein besonderes Büro, das von einem Vertreter des Quai d'Orsay besetzt war und das nach außen als Finanzkontrolle für die Finanzaktionen der französischen Bergwerksdirektion firmiert wurde.

Wie gesagt, das war alles kein Geheimnis; französischerseits hat man es kaum ernstlich bestritten, und nur dann erhob sich großes Geschrei, wenn in der saarländischen Presse angedeutet wurde, wer die Nutznießer dieser Propagandagelder waren. Diese Herrschaften beteuerten um so leidenschaftlicher ihre Nichtbeteiligung an solchen Geldern, je größer diese Beträge waren.

Neuerdings hat man sich in der Saarpresse wieder einmal mit diesen französischen Propagandageldern beschäftigt, weil es notwendig war, festzustellen, daß die von Hoffmann und Genossen ins Leben gerufene „Neue Saarpfost“ und ferner der von ihm gegründete „Deutsche Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft“ ebenfalls aus der gleichen Gistküche gespeist wurde. Es ist Herr Rossenbeck — einst preußischer Berabeamter, der sich aber nach dem Einzug der Franzosen sehr schnell westlich orientierte, und der auch zu den wenigen gehört, die in Erwartung einer glänzenden Zukunft sich um die französische Staatsangehörigkeit bewarben — der den französischen Propagandafond der französischen Bergwerksverwaltung betreut und der die Gelder „nach Verdienst und Würdigkeit“ ausbezahlt. „Die Deutsche Front“, das Presseorgan der Deutschen Front des Saargebiets, hatte diese Zusammenhänge in einwandfreier Weise nachgewiesen. Darauf meldete sich Herr Rossenbeck mit einer geharnischten „Berichtigung“, die er auch dem Völkerbundssekretariat in Genf zuleitete.

Herr Rossenbeck hatte aber Pech. Denn er ahnte nicht, daß sich die Dokumente, auf die sich „Die Deutsche Front“ bezog, im Original vorhanden waren. Es meldete sich nämlich der frühere Sekretär des Herrn Rossenbeck, ein gewisser Joseph Hill, der seinem früheren Chef einwandfrei bewies, daß er sich in seiner „Berichtigung“ irrt, und der es unternahm, an Hand genauer Einzelheiten die örtlichen und sonstigen Verhältnisse des Büros des Herrn Rossenbeck diesem in Erinnerung zurückzurufen. Er tat das in einer Ansprache, die er vor dem Mikrophon des Stuttgarter Senders hielt. Der Beweis war schlüssig. Die dokumentenmäßig belegten Einzelheiten vermochte auch Herr Rossenbeck nicht zu erschüttern. Aber er ist ja Angestellter der französischen

Bergwerksdirektion, jenes Organs des französischen Handelsministeriums, dessen erster Repräsentant, der Generaldirektor Guillaume, vor einigen Monaten frank heraus erklärt hatte, daß, falls die Saarbergleute für die Rückgliederung des Saargebiets nach Deutschland stimmen würden, genügend Zeit bis zur durchgeführten Rückgliederung bliebe, um ihnen das Leben schwer zu machen. Das war nicht sehr christlich, das war aber auch nicht sehr klug. Denn schließlich hat die französische Bergwerksdirektion rechtlich nichts mit den politischen Fragen zu tun, die durch die Volksabstimmung am 13. Januar ihre Erklärung durch die Bevölkerung des Saargebiets finden sollen. Sie hat vor allem kein Recht, Seelen- und Gewissenskauf zu betreiben. Die Bergwerksdirektion hat lediglich die Aufgabe, bemüht zu sein, die ungehinderte Ausbeutung der Saargruben bis zur Rückgabe an Deutschland zu überwachen.

Aber sie hatte den Ehrgeiz, sich auch politisch zu betätigen. Sie wandte dabei Methoden an, wie man sie während der Besetzung des Rheinlandes von gewissen privaten und militärischen Stellen der Besatzungsmächte kennengelernt hat, und die nicht gerade den Eindruck vermitteln, als fühlten sie sich ihres politischen Erfolges recht sicher.

Zu diesen Methoden der damaligen Besatzungsmächte gehörte die Anwerbung und Beschäftigung von Auch-Deutschen, die bei entsprechender Bezahlung schnell ihre deutsche Herkunft vergaßen. Man nannte sie offiziell Separatisten, inoffiziell Verräter, ein Ausbruch, der keine Schmeichelei bedeutet, aber in allen Ländern gebräuchlich ist für Elemente, deren nationale Zuverlässigkeit in Zweifel steht.

Da Herr Rossenbeck jetzt Franzose ist, Neu-Franzose, so darf man ihn weder offiziell noch inoffiziell charakterisieren. Er hatte jedenfalls das vertrauens- und verantwortungsvolle Amt, sich seine Mitarbeiter auszuwählen und sie, wie schon erwähnt, „nach Verdienst und Würdigkeit“ zu bezahlen. Er hat das ohne große Gewissenskonflikte getan, bis er eines schönen Tages zur Ueberzeugung kam, daß nicht alle, die von ihm ein hohes Gehalt bezogen, auch entsprechend gute Arbeit leisteten. Und darüber beklagte er sich. Diese Klagen in Verbindung mit der Aufklärung einiger „Gehaltslisten“ sind es, die die saarländische Öffentlichkeit außerordentlich interessieren, und die erklärlicherweise auch in Frankreich und in Deutschland einige Aufmerksamkeit gefunden haben.

Nun besteht seit einigen Monaten an der Saar eine Abstimmungskommission, ein Gremium, das vom Völkerbund bestellt wurde, um die Volksabstimmung an der Saar vorzubereiten und durchzuführen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Abstimmungskommission sich bisher bemüht hat, ihre Aufgaben sachgemäß und unparteiisch zu erfüllen. Wir sind ihr dafür dankbar. Daß man ihr neben dieser nicht leichten Arbeit noch die einer Art Abstimmungspolizei übertragen hat, war vielleicht nicht zu umgehen, damit sie ihre Arbeiten reibungslos und mit der entsprechenden Autorität durchführen konnte. Dabei war es schließlich nicht zu verhindern, daß diese Kommission, erst seit einigen Monaten im Saargebiet tätig und nicht mit allen Einzel-

heiten der dortigen Entwicklung und Verhältnisse vertraut, einige Fehlschlüsse und Fehlsurteile zog. Jedenfalls wurde sie auch mit den Dokumenten des Herrn Rossenbed, und zwar auf Veranlassung der Saarregierung und der französischen Bergwerksdirektion, befaßt. Herr Hilt hatte in seinem Rundfunkvortrag die vielleicht nicht gerade geschickte Bemerkung gemacht, daß er die betreffenden Dokumente aus dem Kassenschatz des Herrn Rossenbed entwendet und über die Saargrenze gebracht hatte. Auch seine übrigen Ausführungen und Darstellungen über Rossenbed und seine Tätigkeit stellten nach Auffassung der Abstimmungskommission ein Faktum dar, das, vor einem deutschen Rundfunkmikrophon vorgetragen, geeignet erschien, die Ruhe und Ordnung im Saargebiet zu stören. Die Abstimmungskommission wird es uns nicht übel nehmen, wenn wir ihr in ihren Auffassungen nicht folgen. Wir haben, ebenso wie sie, den dringenden Wunsch, Ruhe und Ordnung an der Saar aufrecht zu erhalten. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß dieses Ziel mühelos hätte erreicht werden können, wenn alle Elemente, die sich in den letzten Jahren im Saargebiet eingenistet haben, um von hier aus einen Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland und seine Regierung zu entwickeln, kurzerhand weiterbefördert worden wären. Denn schließlich sollte ein Völkerbundsland nicht der Schlupfwinkel krimineller und politischer Verbrecher sein. Diese Elemente, die leider von der Saarregierung in völliger Verleumdung der politischen Auswirkung teilweise in saarländische Beamtenuniform oder in beamtete Stellungen gesteckt wurden, haben die Unruhe erzeugt, die Herr Knorr irrtümlicherweise auf das Konto der eingeseffenen Bevölkerung gesetzt hat. Wir hätten erwartet, daß er sich besser in den Saarverhältnissen ausgekannt hätte.

Gewiß, die Auslassungen des Herrn Hilt sind etwas ungewöhnlich. Ueber Redewendungen und Ausdrucksformen läßt sich immerhin streiten. Schließlich kommt es auf den Inhalt dessen an, was ausgeführt wird. Und das ist immerhin wichtig genug, daß es auch von der Abstimmungskommission unter dem Gesichtspunkt der Wahrung von Ruhe und Ordnung gewertet werden sollte. Herr Hilt hat Angaben über die Tätigkeit des Herrn Rossenbed gemacht, die weder mit seiner Stellung als Beamter der französischen Bergwerksdirektion noch als Privatmann und Abstimmungsberechtigter etwas zu tun hat. Er hat Gelder einer an dem Ausgang der Volksabstimmung interessierten Macht eigenmächtig oder auftragsgemäß dazu verwandt, um einen Bevölkerungsteil gegen den anderen aufzuheben. Wir hoffen, daß wir in dieser Auffassung mit der Abstimmungskommission einig gehen. Denn was ist es anders als Aufhebung, wenn ich eine an sich in der Bevölkerung nicht vorhandene politische Meinung kaufe und diese in unfairer Weise gegen den anderen Bevölkerungsteil systematisch wirksam werden lasse? Denn schließlich soll doch durch die Volksabstimmung an der Saar der bodenständige, aufrichtige und unbeeinflusste politische Wille der Bevölkerung ermittelt werden. Was ich aber künstlich zu verpflanzen versuche, was ich an „Willensmeinung“ käuflich erwerbe, ist nicht bodenständig, ist nicht ehrlich, ist nicht unbeeinflusst. Und daß solches geschehen ist, jahrelang bis auf den heutigen Tag, das haben die durch Herrn Hilt bekanntgegebenen Dokumente des Herrn Rossenbed bewiesen. Deshalb meinen wir, daß nicht Hilt, sondern Rossenbed die Ruhe und Ordnung gestört hat.

Ist es verwunderlich, daß man über die Rossenbedschen Dokumente in der Bevölkerung empört ist? Noch mehr ist's man aber darüber, daß dieser Herr Rossenbed fünfzehn Jahre lang eine solch verabscheuungswürdige Rolle spielen durfte. Wir verstehen es, daß die Bekanntgabe dieser Tätigkeit des Herrn Rossenbed manchen Kreisen im Saargebiet und in Frankreich unangenehm ist. Es ist nicht gerade ehrenvoll, wenn einem vor aller Welt nachgewiesen wird, daß man sich für „seine Meinung“ bezahlen läßt, wie man es ebensoviele gern hört, daß man zur Erreichung eines bestimmten Zieles Kreaturen kauft, mit denen man sich in anständiger Gesellschaft nicht sehen läßt. Aber schließlich mußte gerade im Interesse der Erforschung der wahren Willensmeinung der Bevölkerung an der Saar das einmal gesagt werden, damit man weiß, woran man in Wahrheit ist. Wir haben sogar die Überzeugung, daß man selbst in

den vernünftigen französischen Kreisen gar nicht darüber böse ist, wenn die Öffentlichkeit diese sogenannten Auch-Deutschen des Saargebiets kennt. Denn jetzt hat Frankreich keinen Anlaß mehr, sich mit diesen Leuten öffentlich zu zeigen, sich für sie einzusetzen. Die französischen vernünftigen Kreise konnten bisher ja der Meinung sein, daß diese Leute wirklich aus innerer Überzeugung so sprachen und schrieben, wie es geschehen ist. Jetzt weiß man in Frankreich, daß diese Menschen sich ihre Meinung nicht gerade schlecht bezahlen ließen. Aus dieser Meinung entstand eine völlig falsche Beurteilung der Saarlage. Frankreich ist also durch diese bezahlten Elemente getäuscht worden. Und Rossenbed ist einer von denen, die eben die verständigungsbereiten Kreise Frankreichs getäuscht haben. Ein anständiger Franzose wird deshalb sowohl von Rossenbed wie von Hoffmann abrücken, von Braun, Walz und Genossen überhaupt nicht zu reden.

Die Herren der Abstimmungskommission sollten sich den „Fall Hilt“ vielleicht einmal unter dem Gesichtspunkt Rossenbed ansehen. Wir halten die Herren der Abstimmungskommission für zu anständig und für zu hochstehend, als daß sie bei aller Unparteilichkeit und Sachlichkeit nicht innerlich von solchen Elementen scharf Abstand nehmen.

Vielleicht hat die Abstimmungskommission, gerade in ihrem Willen zur Unparteilichkeit und Sachlichkeit, ihre Erklärung gegen den Rundfunkvortrag Hilt's etwas zu eilig losgelassen. Jedes Ding hat bekanntlich zwei Seiten, und deshalb hat auch der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gauleiter Bürckel, die andere Seite des Falles Rossenbed-Hilt auseinandergesetzt, wenn er erklärte:

Herr Rossenbed, der Außenbeamte der Propagandaabteilung der „Mines domaniales francaises“, hat, wie von den vorliegenden Dokumenten gesagt wird, nicht nur die „Neue Saarpost“, sondern auch eine Reihe anderer separatistischer Zeitungen im Saargebiet wie z. B. den „Generalanzeiger“, in erheblichem Maße mit Mitteln finanziert, über deren Herkunft kein Zweifel bestehen kann. Nun haben gerade diese von Herrn Rossenbed finanzierten Blätter ununterbrochen die führenden Staatsmänner Deutschlands, nicht zuletzt das Reichsoberhaupt, in einer kaum wiederzugebenden Weise beschimpft.

Diese Pressestimmen, ihre wörtliche Wiedergabe und gehässigen Kommentierungen durch nichtdeutsche Sender, haben auch jetzt noch keine Mißbilligung der Abstimmungskommission gefunden, obwohl der Zusammenhang zwischen der Propagandastelle Rossenbed, den separatistischen Zeitungen und gewissen nichtdeutschen Sendern so offensichtlich auf der Hand liegt, daß eine Erörterung dieses Zusammenhanges vom Standpunkt der Sicherung einer unbeeinflussten Abstimmung aus sich kaum mehr umgehen lassen dürfte.

Im übrigen bin ich durchaus bereit, von den deutschen Organen der Strafrechtspflege den Fall Hilt nach der strafrechtlichen Seite zu überprüfen und ahnden zu lassen, sobald ich die Gewißheit habe, daß der den Fall Hilt auslösende Fall Rossenbed eine entsprechende Behandlung durch die zuständigen Organe der Strafrechtspflege im Saargebiet erfährt.

Ich kann mich zunächst nicht dazu entschließen, Rundfunk und Presse im Reich eine Darstellung der bisherigen Beziehungen zwischen den Separatisten und der Propagandastelle der „Mines domaniales francaises“ zu verbieten, denn ich sehe gerade in dieser Klarstellung die Möglichkeit, den Saarkampf aus den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland herauszunehmen und ihm um der Ehrlichkeit und einer moralisch lauberen Abstimmung willen den ihm zukommenden wahren Charakter zu geben, nämlich den eines aufgezwungenen Kampfes deutscher Menschen gegen Emigranten und Separatisten.“

Die Abstimmungskommission wird nicht bestreiten wollen, daß der Fall Hilt von der Affäre Rossenbed nicht getrennt werden kann. Wenn sie glaubt, daß Hilt aus kriminellen Gründen zu belangen sei, dann muß Rossenbed aus politischen Gründen auf Grund der Bestimmungen der Abstimmungsordnung zur Verantwortung gezogen werden. Es fragt sich, welcher Fall verabscheuungswürdiger ist, der, der sich aus nationaler Verantwortung erklärt oder der, der den verabscheuungswürdigen Seelen- und Meinungskauf zum Hintergrund hat. Man kann ja Politik nicht nur von der formalrechtlichen Seite betrachten, sondern muß auch die andere Seite, die moralische, zur Geltung kommen lassen. Die Einspruchsfabrik Wülsten und Genossen hat ja darüber einigen Anschauungsunterricht geliefert, der von der Abstimmungskommission durchaus richtig gewertet worden ist.

Ein Fiasko der Status-quo-Partei!

Kurz vor der Abstimmung hat sich hier im Saargebiet noch eine „neue“ Partei gebildet, die unter dem Decknamen „Deutscher Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft“ segelt und hauptsächlich auf Anhängerschaft in den katholischen Kreisen spekuliert. Die Einladung zur Teilnahme an der Gründungsversammlung ging von einem anonymen Ausschuss aus. Als Drahtzieher dieser neuen Parteigründung traten der Chefredakteur der „Neuen Saar-Post“ Johannes Hoffmann, der aus dem Verbande christlicher Saarbergarbeiter ausgestoßene Fritz Ruhnen und der frühere Gewerkschaftsführer Imbusch sen. aus den Kulissen. Der Letztere hat es vorgezogen, den ihm zu heiß gewordenen deutschen Boden zu verlassen und Unterschlupf im völkerbundlichen Saargebiet zu suchen. Am anderen Tage konnte die „Neue Saar-Post“, die zum „Kampforgan“ des „Deutschen Volksbundes usw.“ erkoren war, einen phrasenreichen Aufruf veröffentlichen, der die eigentlichen Ziele des Bundes schamhaft im Dunkeln ließ, viel von „wahrem Christentum“ und „echtem Deutschtum“ faselte, um die Frage des 13. Januar für alle Saardeutschen aber geistlich herumging. Daß man auf der antisozialistischen Seite schon längere Zeit mit der Gründung der neuen Partei, die den Statusquolern einen gewissen Rückhalt geben sollte, umging, war schon vorher bekannt geworden, bekannt war auch, daß man auf die „unzufriedenen“ katholischen Kreise besonders spekuliert und sie für die Parole gegen Hitler zu gewinnen hoffte. Hatte man doch auch einige katholische Geistliche als Hochhämmer gewonnen. Die Spekulation schlug aber von Anfang an fehl. Gerade in katholischen Kreisen setzte eine entschiedene Protestbewegung gegen die neue Partei ein. In einer mit zahlreichen Unterschriften angelegener Katholiken versehenen öffentlichen Erklärung heißt es, daß das wahre christlich-deutsche Saarvolk nichts mit einem Bunde gemein habe, der aus Egoismus geboren sei, Verwirrung ins christliche Volk tragen und es zur Untreue gegen das angestammte Vaterland verleiten wolle. Das ganze christlich-deutsche Saarvolk lehne diesen neuen Bund unter allen Umständen ab, es sei zu stolz dazu, sich in Gemeinschaft von Menschen zu begeben, die sich mit Gottlosen und Vaterlandslosen zum gemeinsamen politischen Zielstreben zusammen gefunden hätten. Das christlich-deutsche Saarvolk werde auf die heuchlerischen Phrasen des neuen Bundes nicht hereinfallen, sondern geschlossen festhalten an der einzig in Frage kommenden Parole: „Alles für Deutschland! Unser Deutschland!“ Diese Erklärung hat überall ein nachhaltiges Echo gefunden. Mehrere katholische Geistliche, die sich durch die täuschende Einladung zur Teilnahme an der Gründungsversammlung hatten bewegen

lassen, rückten ostentativ von dem Bunde wieder ab. Wie sich die Gründer ein katholisches Vereinshaus unter unwahren Angaben erschlichen hatten, so erwies sich auch die Behauptung, evangelische Geistliche hätten gleichfalls an der Gründung teilgenommen, als eine Lüge, die durch eine öffentliche Feststellung der beiden Saar-Synoden entlarvt wurde. Der Bischof von Trier, der schon wiederholt die „Neue Saar-Post“ als katholisches Organ abgelehnt hat, bezeichnete öffentlich die Teilnahme katholischer Geistlicher an der Gründung als einen Verstoß gegen seine Anweisung über das Verhalten der katholischen Geistlichen in der Abstimmungszeit, vor dessen Wiederholung er ausdrücklich warnte.

War so dieser famose „Deutscher Volksbund für usw.“ von Anfang an als eine separatistische Blüte in Gemeinschaft mit den Kommunisten, Marxisten und Emigranten hinreichend gebrandmarkt, so wirkten die Enthüllungen über den Rossenbed-Skandal geradezu katastrophal. Hier erblickten wir den Chefredakteur der „Neuen Saar-Post“ Johannes Hoffmann als gefügiges Werkzeug des famosen Rossenbed, der im Auftrage der französischen Bergwerksdirektion der Drahtzieher für das ganze Status-quo-Gefacheiß ist. Erhebliche Geldsummen, von denen selbst Rossenbed bezweifelt, daß sie ihrem gewollten Zwecke gedient haben, sind aus französischer Quelle in die Hände von Johannes Hoffmann geflossen, der auf Befehl Rossenbeds die neue Partei aufziehen mußte, wollte er seine Geldquellen nicht versiegen sehen. Die drohende Abstimmung zwang dazu, wollte man der schwindenden Aussicht auf ein Ergebnis gegen Deutschland „neues Leben“ einflößen. Nach der Veröffentlichung der Rossenbed-Dokumente ist es auffällig still geworden. Herr Rossenbed, der zunächst mit eiserner Stirn die Beweise seines Treibens zu verleugnen suchte, scheint die Sprache verloren zu haben. Man spricht auch davon, daß die Bergwerksdirektion, die zu den sie belastenden Enthüllungen kein Wort zu sagen weiß, von Herrn Rossenbed abzurücken versucht. Das Ergebnis von Rom scheint sie zu einer gewissen Vorsicht zu veranlassen. Johannes Hoffmann begnügt sich mit ein paar verlegenen verlogenen Phrasen und tröstet sich damit, daß sich zum Schluß noch der abgehalfterte frühere Vorsitzende des christlichen Saarbergarbeiter-Verbandes Fritz Ruhnen neben Imbusch sen. und Imbusch jun. für den Volksbund ins Geschirr legen. Es wird ein vergebliches Bemühen sein, diese Schöpfung auf Geheiß von Rossenbed aus dem Sumpf zu ziehen, in dem er ersticken wird. Diese Parteigründung aber ist ein neues Blatt im Landesverrat an der Saar, das die darauf Verzeichneten der öffentlichen Beurteilung preisgibt.

Verbotene Giebelaufschriften

Historische Photosammlung als Geschenk für Dr. Goebbels

Die Saarbevölkerung läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um ihren eindeutigen Willen bekanntzugeben. Nachdem große öffentliche Kundgebungen verboten wurden, hat man ein Riesenzelt in Saarbrücken aufgestellt, das über 40 000 Menschen faßt, und das jeden Sonntag mehrmals überfüllt ist. Wer auch der einzelne will beweisen, daß das Saargebiet sein Deutschtum nicht zu verleugnen gewillt ist. Deshalb hatten Hunderte von kleinen oder großen Hausbesitzern in Dorf und Stadt ihre Häuser mit Riesenaufschriften versehen, die über die Willensmeinung der Saarbevölkerung keinen Zweifel ließen. Aber auch das war „staatsgefährlich“ und deshalb verordnete die Abstimmungskommission, diese Treuebekenntnisse bis 10. Dezember zu entfernen. Bevor sie aber der Lüge zum Opfer fielen, hat man sie photographiert und eine zeitgeschichtliche Photosammlung erhalten, von der dem Reichsminister Dr. Goebbels während seiner jüngsten Anwesenheit in Trier ein vollständiges Exemplar von etwa 200 Photos allein aus dem Landkreis Saarbrücken überreicht wurde. Er hat es mit freudiger Ueberraschung aus den Händen des Kreisleiters Welter des Landkreises Saarbrücken der Deutschen Front entgegengenommen.

Einige dieser Photos geben wir auf unserer Umschlagseite wieder.

Die Sammlung der Photos beginnt mit einem Geleitwort, das festgehalten zu werden verdient:

„Die Inschriften der Giebel sind verschwunden, aber die Inschriften sind tief in die Herzen der Volksgenossen eingegraben.“

Eine eingelebte Karte des Saargebietes erläutert die Lage und die Größe des Kreises Saarbrücken-Land der Deutschen Front. Er umfaßt nicht weniger als 220 000 Saarländer, und ist der größte Kreis in ganz Deutschland. Eingeteilt ist der Kreis in 65 Ortsgruppen und hatte in der letzten Zeit — dank der großen Verarbeitung der leitenden Männer — mit den besten Zugang an Mitgliedern. Insgesamt wurden zwischen 1200 und 1400 Versammlungen im Landkreis Saarbrücken abgehalten. Das erste Bild in der Reihe stellt die bekannte Szene dar, in der ein Hitlermädchen der Saar dem Dr. Goebbels anlässlich der Saarkundgebung in Zweibrücken im Frühjahr 1934 ein Gefäß mit der heiligen Saarerde überreicht. Dann folgen Aufnahmen der Kreis-Geschäftsstelle

von außen und von innen, des Kreisleiters Welter, seiner Mitarbeiter und Ortsgruppenleiter. Weiter sehen wir den stellvertretenden Kreisleiter Jung, mit seinem Pressewart Scherer im Gespräch. Dann folgen Zimmeraufnahmen der einzelnen Abteilungen, wie Geschäftsführung, Kasse, Abstimmungsabteilung, Sozialabteilung, Organisationsleitung, Zentrale, Rundfunk, Propaganda und Frauenschaft.

Giebelinschriften von Eigenwert

Nun folgen Aufnahmen von Giebelinschriften, die die Volksgenossen der Saar offensichtlich ganz aus eigenem Antrieb und nach eigenen Gedankengängen entworfen haben. Da ist z. B. eine überaus bescheidene Wohnkolonie, die den bezeichnenden Namen „die Reihe“ führt. Mit Bezug auf dieses „Firmenschild“ haben die Bewohner riesige Aufschriften über ihre ganze Kolonie hinweg mit folgendem Wortlaut in ihrem Dialekt aufgemalt:

„Mir leit in der Reih,
mir bleibe Deitschland treu —
onn wähle so: „Heil Hitler!“
Awer nett: „Status quo!“

Weiter folgen bezeichnende Inschriften einzelner Giebel der Ortsgruppen, und zwar in alphabetischer Reihenfolge, damit sich keine Ortsgruppe zurückgesetzt fühlt. Es fängt also an mit Altenwald, dann kommt Auermacher (ein bedrohter Ort in dem südwestlichen Grenzzipfel, der nach Lothringen vor springt und in dem 98 % der Bevölkerung der Deutschen Front angehören; der sonstige Durchschnitt ist 96 %). In Bildstock (das weniger gefährdet ist, obwohl es früher eine kommunistische Hochburg war) lesen wir:

„Deutsch der Kern,
deutsch der Ort,
deutsch wollen wir bleiben
immerfort.“

Dann folgen Bischmisheim, Brebach, Dudweiler, Emmersweiler im Warndt, Fehingen und Fischbach. In Fehingen besagt eine Inschrift:

„Arbeiter und Bauern,
Frisch auf nun mit Macht,
Wir schlagen für Deutschland
Die Januar Schlacht.“

Dann kommen Friedrichsthal, Fürstenhausen, Gersweiler, Großrosseln (unmittelbar an der lothringischen Grenze), Gillingen, Hanweiler und Herrensohr. Herrensohr hat die besten Zeichnungen aufzuweisen und hat dafür einen Preis des Kreisleiters Welter für den besten Giebel erhalten, in Form eines Bildes. Die Gemeinde Hilsbach weist in einer Aufschrift stolz hin auf „Hundert Prozent Deutsche Front“. In Kleinblittersdorf läuft die Landstraße unmittelbar auf die Inschrift:

„Treuschwur am 13. Januar deutsch“

zu, die Inschrift ist also von Frankreich her gut sichtbar. Lauterbach stellt fest:

„Komme was wolle,
der Warndt bleibt deutsche Scholle.“

N a h w e i l e r :

„Wenn man uns noch so umgarnt,
deutsch ist und bleibt der Warndt.“

S t . N i k o l a u s :

„Der Warndt ist deutsch
und soll es bleiben.
Hände weg vom deutschen Warndt!“

S u l z b a c h :

„Uns kann kein Judaslohn betören,
wir wissen, wo wir hingehören!“

W e h r d e n (unmittelbar gegenüber Bülkingen an der Saar):

„Rechts und links der Saar bleibt alles deutsch
wie vor Versailles es war — 1919.“

Den Schluß bilden Aufnahmen von der Rundgebung der Amtswalter der Deutschen Front am Sonntag, 9. Dezember, in der Riesenhalle auf den Wiesen des Industriegeländes bei Saarbrücken. Ueber 40 000 Amtswalter waren dort versammelt. Im Bilde festgehalten sind der Sprecher, Kreisleiter Welter, die Riesenversammlung im Zelt mit Bühne und Fahrenwald. Aufgenommen ist auch Organisationsleiter der Deutschen Front, Brück, während seiner Rede.

Die „Germania“ gegen den katholischen Separatismus

Die „Germania“ das Berliner deutsche Katholiken-Organ, befaßt sich in einem Leitartikel mit der Gründung Hoffmanns. Sie schreibt u. a.:

Der neugegründete „Volkbund“ behauptet, für „christliche und deutsche Kultur“ einzutreten, und einer der Redner der ersten Rundgebung des Bundes, Imbusch, hat nichts Geringeres behauptet, als daß die Anhänger des Status quo die „wahren Deutschen“ seien. In der Umdeutung der Begriffe Deutsch und Katholisch liegt die gefährliche psychologische Fernwirkung des Versuches, die Entfremdung eines deutschen Volksbestandes von seinem natürlichen Zusammenhang mit scheinbar religiösen und sittlichen Argumenten zu rechtfertigen. In dieser Frage, welche an die tiefsten Wurzeln christlichen und deutschen Bekenntnisses rührt, ist volle Klarheit vonnöten.

Um ihre Frontstellung gegen das Reich zu rechtfertigen, verweisen die Separatisten an der Saar auf die heutige kirchenpolitische Lage im Reich und auf die angebliche Möglichkeit, zu gegebener Zeit mit Einverständnis Frankreichs und des Völkerbundes nachträglich den Anschluß an das Reich zu vollziehen. Mit welchem Leichtsinne und welcher Leichtgläubigkeit sie dabei verfahren, das beweisen die vagen Kombinationen, welche ihre Redner und Schreiber über die angeblichen Pläne einer späteren Rückgliederung anstellen. Da behauptet ein Herr K u h n e n, „mehrere Ratsmitglieder hätten ihm bei Unterhaltungen in Genf erklärt, daß durch das Ergebnis der Verhandlungen in Rom die zweite Abstimmung gesichert sei.“ Ein Separatistenblättchen glaubt an das Märchen des „Figaro“: „Die angenehmste Lösung für das Papsttum dürfte der Status quo sein.“ Laval wird gefeiert, weil er sich verpflichtet habe, daß Frankreich gegen eine spätere Rückgliederung des Saargebietes keine Einwendungen erheben werde. Haben diese

Herren die letzten zwanzig Jahre europäischer Geschichte verschlafen? Ist es ihnen entgangen, daß man die Rheinländer in der Separatistenzeit mit ähnlichen Parolen zu fangen suchte, während das Pariser „Comité du rive gauche“ bereits seine Annexionspläne fertig in der Tasche hatte? Wir glauben an die Aufrichtigkeit der römischen Vereinbarungen, aber niemand vermag zu sagen, welche Strömung in Frankreich die Oberhand gewinnen würde, wenn tatsächlich der unausdenkbare Fall eines separatistischen Wahlsieges eintrete. Nein, es geht nicht, wie die „Saarbrücker Landeszeitung“ mit Recht schrieb, um eine Deutschthumserklärung mit Zeitzunder, sondern um eine glatte und unzweideutige Abgabe an das angestammte Vaterland, die mit religiösen Motiven notdürftig bemäntelt wird.

Um so notdürftiger, als innerhalb des saarländischen Separatismus keineswegs die sogenannten katholischen Kreise die Oberhand haben, sondern die kirchenfeindlichen marxistischen Gruppen, die aus bloßen taktischen Erwägungen mit ihren christlichen Gesinnungsgenossen Tuschfaltung halten. Zum Verrat am Volkstum gesellt sich also der Verrat an religiösen Interessen, denn der Marxismus hat, wo auch immer er zur Herrschaft gelangte, mit dem Christentum und seinen Bekenntnissen gewöhnlich sehr kurzen Prozeß gemacht.

Die separatistische „Volksstimme“ entblödet sich nicht, den Bischöfen von Trier und Speyer „Neutralitätsverletzung“ vorzuwerfen, weil sie in ihrer Erklärung gegen diejenigen katholischen Geistlichen Stellung nahmen, die an der Gründungsversammlung des Volksbundes teilnahmen. Sie kann sich diese Maßnahme nicht anders erklären, als daß die Bischöfe unter dem Druck des Dritten Reiches ständen und durch ihr Verhal-

ten „der im Dritten Reich verfolgten katholischen Kirche Entlastung und bessere Lebensmöglichkeiten verschaffen“ wollten. Auch die sich katholisch nennende „Neue Saarpfost“ stößt in dieses Horn, obwohl es ihr bekannt sein sollte, daß das bischöfliche Verbot gegen die politische Betätigung der Geistlichkeit bereits älteren Datums ist, und seine Durchführung nach beiden Seiten streng überwacht wird. In einer angeblichen Zuschrift aus dem Reich stellt sie die lügenhafte Behauptung auf, daß die Gründung des „Deutschen Volksbundes“ in der gesamten deutschen Presse totgeschwiegen werde, um sich dann zu der Behauptung zu versteigen: „Die Konstituierung dieser christlich-deutschen, antihitlerischen Kampffront hat im Reich bei Hunderttausenden — wir übertreiben nicht — bei Millionen ein begeistertes Echo gefunden.“ Das ist eine Lüge und Verleumdung, die nicht scharf genug angeprangert werden kann. Die katholischen Volksgenossen im Reich brauchen nicht die Unterstützung eines saarländischen Separatistenklüngels, um die christlichen Belange im Rahmen des nationalsozialistischen Deutschland zu verteidigen, und sie brauchen kein „Eiland, von dem aus dem deutschen Katholizismus die Stärke weiter ge-

boten wird, die er durch die Gründung des Deutschen Volksbundes den Glaubensgenossen im Dritten Reich hat reichen dürfen.“ Die maßlose Selbstüberschätzung, welche in diesen Worten zum Ausdruck kommt, wird nur noch überboten durch die Wahllosigkeit der Mittel und Freunde, deren man sich bedient, um die neue Parteigründung auf die Füße zu stellen. Das Saarvolk empfindet viel zu gesund und volksverbunden, als daß es sich von dieser „Kulturmission“ von außerhalb des Reiches her irgendeinen Erfolg versprache, und es ist andererseits nicht feige genug, mit seinen deutschen Volksgenossen in der Zukunft nicht nur Glück und Erfolg, sondern auch, wenn es sein muß, Kampf und Opfer zu tragen.

Dieser famose Hoffmann hat also auch mit seinem katholischen Separatismus kein Glück. Man erkennt ihn immer wieder, welchen Schafspelz er sich auch anzieht. Die „Germania“ nennt ihn einen Verräter am Volkstum und an religiösen Interessen, und er wird sich von diesem Makel niemals wieder reinigen können. Denn wer vor dem Feinde seinen Posten verläßt, ist ein Deserteur, wer aber zum Feind übergeht, ist ein Volks- und Landesverräter.

Was die Status-qualer dem Saarbergmann zumuten

Den Emigranten, Separatisten und Kommunisten hell- und dunkelroter Färbung ist seit Rom und Genf nicht mehr ganz wohl. Es glaubt ihnen niemand mehr. In den Reihen der Verführten herrscht Mißtrauen, das noch verstärkt wurde, seitdem der letzte Zweifel genommen wurde gegenüber der Tatsache, daß ihre „Führer“ fette Gehälter aus der französischen Propagandakasse beziehen, während die Masse, das „Stimmvieh“, sich mit kargem Lohn und schlechter Arbeitsstätte abfinden muß. Und trotzdem versucht man es immer wieder, von den vollen Fleischtöpfen zu schwärmen, die ihnen angeblich in Frankreich winken. Die Verhältnisse in Frankreich, das ja allein das Schicksal eines undankbaren „Saarlandes“ bestimmen würde, werden rosig gemalt, während kein Tag vergeht, an dem keine Schauernmärchen über das angebliche Elend und die Not, die Knechtung und Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft verzapft werden.

Gewiß, das deutsche Volk lebt keineswegs in einem Paradiese mühelosen Gewinnes, leichter Arbeit und idealer Löhne und Gehälter. Das deutsche Volk baut vielmehr in harter Arbeit auf, arbeitet unermüdet unter absolut garantierter sozialer Gerechtigkeit für den nationalen Sozialismus. Gewiß gibt es da und dort Härten und Fehler, der nationalsozialistische Staat aber merzt sie rücksichtslos aus, um jedem das Seine zu geben. Davon allerdings liest man in der Emigrantenpresse ebenso wenig wie von den ungeheuren Kämpfen und der Not der französischen Arbeiter.

Besonders aufschlußreich und kennzeichnend ist ein Not-schrei, der auf der Landeskongferenz des Unabhängigen Bergarbeiterverbandes, der christlichen Gewerkschaftsvertretung der lothringischen Bergarbeiter, ertönte. Die am 25. November in Merlenbach versammelten Bergarbeitervertreter protestierten schärfstens „gegen die in den letzten Jahren durchgeführten Lohnvermindierungen, die im Verein mit einer starken Kurzarbeit die Lage der Bergarbeiterfamilien direkt trostlos gestalten“.

In längeren Ausführungen wird die völlige Rechtlosigkeit der lothringischen Bergarbeiter angeprangert, „deren Forderungen ständig durch die Grubenunternehmer abgelehnt werden, trotz nachweisbar günstiger Gewinngestaltung der einzelnen Grubenunternehmen“. Es wird die Selbstharmatung ansässiger Bergarbeiter gefordert, eine Forderung, die gerade jetzt überall in Deutschland durchgeführt wird, und deren segensreiche Folgen das Ergebnis der Arbeit der ehemaligen Preussischen Bergwerksverwaltung im Saargebiet beweist.

Zum Schluß des Not-schreies heißt es wörtlich:

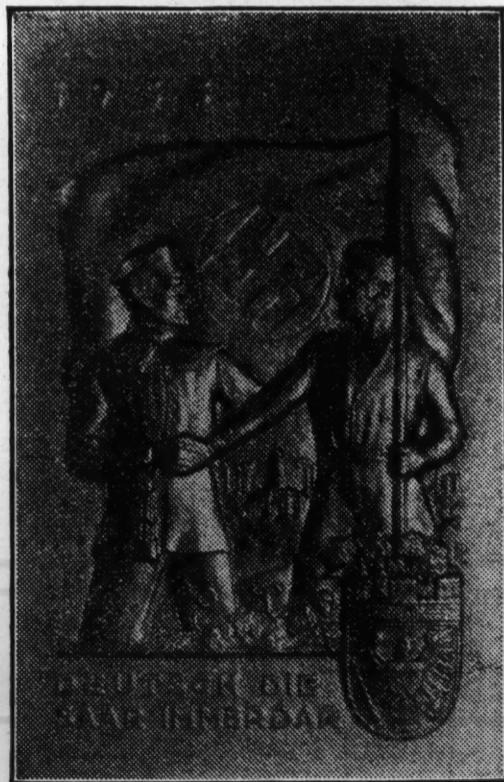
„Die Landeskongferenz der christlich organisierten Bergarbeiter schreit die Not der Bergarbeiter und ihrer Familien ins Land!“

Sie verlangt von der Regierung dringend Abhilfe. Ein fünfter Notwinter steht vor der Tür. Graues Elend geht durch

alle Bergbaureviere. Unmenschlich ist die Behandlung des Bergarbeiters auf der Arbeitsstelle. Seine Arbeitsleistung wurde im Lothringischen Kohlenbergbau verdoppelt und auf 2000 Kilogramm pro Schicht erhöht. Diese trodene Zahl birgt in sich namenloses Elend in unseren Bergarbeiterfamilien. Noch nie versammelten sich so oft und so zahlreich die Bergarbeiter an den Grabbügeln ihrer durch Unfall dem Leben entzogenen Kameraden zum stillen eindrucksvollen Protest gegen die Methoden im Bergbau. Die Gesteinslungentrankheit und die

Neujahrsplafette 1935

Die Kunstgießerei Gleiwitz der Preussischen Bergwerks- und Hütten-AG., deren im Jahre 1798 erfolgte Gründung auf eine Anregung Friedrichs des Großen zurückgeht, und die bereits 1813 durch die Herstellung des Eisernen Kreuzes und des Eisenschmuckes mit der Inschrift „Gold gab ich für Eisen“ hervortrat, gibt jeweils zum Jahreswechsel eine Plafette in Eisenkunstguß heraus. — Die



Neujahrsplafette 1935 zeigt nach einem Modell von Peter Vipp, Gleiwitz, einen Saar-Bergmann, dem sein deutscher Arbeitskamerad die Hand reicht zum gegenseitigen Treugelöbniß: „Deutsch die Saar immerdar.“ Das sei der Wahlspruch für 1935. Größe der Plafette 100×150 mm. Preis bei Einzelbezug 2,50 RM ab Werk, ausschließlich Verpackung.

durch herzlose Nationalisierung und Technisierung geschaffenen neuen Berufskrankheiten verurteilen den Bergmann allzu früh zur Invalidität.“

Wir wollen uns nicht in die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft in Lothringen einmischen. Die Berg-

arbeiter an der Saar aber haben ein Recht darauf, die Meinung ihrer Berufskollegen zu hören, denn das trostlose Schicksal der Lothringer wird ihnen von gewissenlosen Hehern als Arbeiterparadies hingestellt, das sie für den Fall des Status quo erwartet.

Deutschland als Abnehmer der Saarprodukte

Der französische Markt nicht lebensnotwendig für die Saarlwirtschaft

Von den vielen Fragen, die mit der Zukunft der Saarlwirtschaft auch nach Abschluß der Verhandlungen in Rom noch zusammenhängen, wird in dem neuen Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung die volkswirtschaftliche Verflechtung des Saargebiets dargestellt. Die Untersuchung führt im einzelnen zu folgenden Ergebnissen:

1. Es trifft nicht zu, daß die Saarlwirtschaft besonders eng mit Frankreich verflochten wäre: Deutschland nimmt gegenwärtig etwa einhalbmal mehr saarländische Erzeugnisse auf als Frankreich. Der Anteil der französischen Waren an der Versorgung des Saarmarktes hat sich seit 1927 stark vermindert: Die Saareinfuhr aus Deutschland liegt 1933 um 4 Prozent höher als 1927, die Einfuhr französischer Waren aber ist im Vergleich zu 1927 um 40 Prozent zurückgegangen.

2. Für das Saargebiet sind zwar die lothringischen Erzlieferungen von großer Bedeutung. Hieraus darf aber nicht auf eine einseitige Abhängigkeit der Saarlwirtschaft von Frankreich geschlossen werden. Das kohlenarme Frankreich kann, zumindest aus ökonomischen Gründen, nicht auf die Saarkohle verzichten. Andererseits muß die elsässisch-lothringische Landwirtschaft auf den Absatz ihrer Erzeugnisse an das Saargebiet den größten Wert legen.

3. Obwohl das Saargebiet seit 1925 zum französischen Zollgebiet gehört, ist es ebenso scharf von der Weltkrise betroffen worden wie seinerzeit Deutschland. Der „Krisenschutz“, den der französische Absatzmarkt hätte gewähren sollen, war also unwirksam.

4. Umgekehrt spiegeln sich schon jetzt deutlich die Anregungen wider, die von der Arbeitsbeschaffung im Reich auf die Saarlwirtschaft ausgehen. Die Einfuhr saarländischer Waren nach Deutschland ist seit 1932 um rund 90 Prozent gestiegen — schneller als es der Umsatzeigerung in der deutschen Industrie entspricht. Gegenwärtig sind gut 50 000 bis 55 000 Saarlarbeiter für die Ausfuhr nach Deutschland tätig. Durch die Zunahme der Ausfuhr nach Deutschland haben rund 20 000 bis 25 000 Saarländer wieder Arbeit und Brot bekommen. Diese Anregungen sind um so bedeutsamer, als Frankreich nach wie vor unter dem Druck sich verschärfender Deflation und steigender Arbeitslosigkeit steht. Die zielbewusste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit den in Deutschland angewendeten Mitteln kann erst nach der Wiedereingliederung in die deutsche Volkswirtschaft erfolgen.

Das „Saargebiet“ ist eine durch das Versailler Diktat geschaffene künstliche Konstruktion. Ein mit dem übrigen Deutschland eng verflochtener Wirtschaftsraum wurde von seinem großen Hinterland losgerissen, ohne nun für sich allein lebensfähig zu sein. Der Warenaustausch, der sich bis dahin im Rahmen einer großen Volkswirtschaft reibungslos vollzogen hatte, begegnete wachsenden Schwierigkeiten und zwang zu tiefgreifenden Umstellungen. Nach der Abstimmung werden erneute Umstellungen notwendig. Auf Grund der (viel zu hohen) französischen Schätzungen, die in der Behauptung Frankreichs gipfeln, daß das Saargebiet seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt mehr und mehr nach Frankreich verlegt habe, müßte man schließen, daß um 1927 der Warenaustausch des Saargebietes mit Frankreich (Einfuhr + Ausfuhr zusammen) etwa doppelt so groß gewesen sei, wie mit Deutschland. In Wirklichkeit aber kam Deutschland bis auf etwa 10 Prozent an die französisch-saarländischen Umsätze heran — mit dem Unterschied noch, daß Deutschland der bessere Abnehmer für die saarländischen Erzeugnisse war. Im laufenden Jahr führt die Saar mehr Waren nach Deutschland aus als nach Frankreich. Mit Frankreich ist die Handelsbilanz des Saar-

gebiets etwa ausgeglichen. Im Handel mit Deutschland wurde ein großer Ausfuhrüberschuß erzielt. Die Saarausfuhr nach Deutschland ist seit 1932 steil aufwärts, die Ausfuhr nach Frankreich dagegen abwärts gerichtet.

Im laufenden Jahr dürfte die Ausfuhr nach Deutschland aufs Jahr gerechnet, mindestens 165 bis 170 Mill. RM. betragen, das ist annähernd doppelt so viel wie im Krisenjahr 1932. Die Saarausfuhr nach Frankreich dürfte, verglichen mit 1932, um ein Fünftel niedriger sein.

Im Jahre 1935 hat die Saareinfuhr aus Deutschland den Stand vom Jahre 1927 noch leicht überschritten, die Einfuhr aus Frankreich aber liegt um rund 40 Prozent tiefer.

Hat die Saarlwirtschaft aus ihrer Verbindung mit Frankreich schon während der Krise im ganzen keinen Vorteil gezogen, so gilt dies erst recht für die Zeit seit 1932. Seit damals haben in Deutschland umfassende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung den Binnenmarkt kräftig belebt. In Frankreich ist die Produktion in der gleichen Zeit, nach vorübergehendem Anstieg, wieder gesunken. Das Saargebiet hält in seiner konjunkturellen Entwicklung zwischen beiden Ländern die Mitte, ist bisher aber bei weitem nicht so stark in den Aufschwung einbezogen worden wie Deutschland.

Im Verlauf der letzten zwei Jahre ist in Frankreich die Zahl der Arbeitslosen um 23 Prozent gestiegen; im Saargebiet hat sie sich um 17 Prozent, in Deutschland um 54 Prozent vermindert. Hätte sich die Saarlwirtschaft im Gleichtakt mit Frankreich entwickelt, so gäbe es heute im Saarland statt 32 000 fast 48 000 Arbeitslose; bei gleicher Entwicklung wie in Deutschland aber wären statt 32 000 nur noch 18 000 Arbeitslose vorhanden! Zu berücksichtigen ist noch, daß rund 15 000 bis 20 000 arbeitslose Saarländer in den Arbeitsdienstlagern des Reiches aufgenommen waren.

Das gleiche Bild zeigen die Angaben über die Beschäftigung. Von 100 Werkstätigen, die während der Krise ihren Arbeitsplatz verloren, hat man im Saargebiet rund 14 wieder in Arbeit und Brot gebracht; in Deutschland beträgt die entsprechende Ziffer bereits 45, in Frankreich aber, wie die steigende Arbeitslosenziffer zeigt, 0. Dabei hat Deutschland alle Kräfte eingesetzt, um im Rahmen der Möglichkeiten, die die gegenwärtige Lage bietet, schon jetzt der Saarlwirtschaft möglichst starke Anregungen zu vermitteln. Seit 1932/33 hält sich die gesamte Wareneinfuhr Deutschlands auf kaum verändertem tiefem Stand. Die Einfuhr aus dem Saargebiet aber hat sich gleichzeitig um 93 Prozent erhöht.

Das hoch industrialisierte Saargebiet ist nicht imstande, seine Bevölkerung aus eigener Produktion vollständig zu ernähren. Zum Hauptlieferanten in Lebensmitteln hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr Elsaß-Lothringen herausgebildet. Die Pfalz, der sogenannte „Saargrenzgürtel“ sowie das übrige Deutschland sind durchaus in der Lage, die französischen Waren auf dem Saarmarkt zu ersetzen. Eine plötzliche Abriegelung des Saarmarktes müßte für die Landwirtschaft Elsaß-Lothringens schwerwiegende Folgen haben. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittel besteht also eine „einseitige“ Abhängigkeit Frankreichs vom Saargebiet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es für Deutschland wünschenswert wäre, nach wie vor Saarkohle an Frankreich abzugeben und lothringische Minette zu beziehen, und für Frankreich, nach wie vor saarländische Kohle zu erhalten und Minette sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse ins Saargebiet zu verkaufen. Eine

Wirtschaftsverständigung nach vollzogener Rückgliederung drängt sich also geradezu auf. Aber auch eine vollständige „Aufhebung“ aller Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und einem zu Deutschland zurückgekehrten Saargebiet könnte weder die Existenz der Saarwirtschaft noch gar die Existenz der deutschen Volkswirtschaft gefährden.

Die kommende Arbeitsbeschaffung im Saargebiet dürfte umfassen: 1. Förderung des Kohlenbergbaues durch Verkehrs- und preispolitische Maßnahmen; Absatzplanung auf lange Sicht durch Ausbau der Ferngas- und der Stromversorgung. 2. Förderung der Landwirtschaft durch Bauernsiedlung, Bodenverbesserung und Flurbereinigung. 3. Die größte Bedeutung wird auch im Saargebiet die Förderung der Bauwirtschaft haben.

Zur Saarabstimmung am 13. Januar 55 000 Abstimmungsberechtigte außerhalb des Saargebiets

Wie nunmehr feststeht, werden etwa 55 000 Abstimmungsberechtigte, die außerhalb des Saargebiets wohnen, an der Saarabstimmung teilnehmen. Der größte Teil von ihnen, nämlich 48 000, kommt aus dem übrigen Reichsgebiet. Frankreich stellt ein Kontingent von rund 5000 Mann, das sich zum größten Teil aus Personen des lothringischen Grenzgebietes zusammensetzt. Ueber Erwarten groß ist auch die Zahl derjenigen, die von Uebersee kommen und zum Teil bereits deutschen Boden erreicht haben.

Eine ganze Reihe von Abstimmungsberechtigten hat sich bereits vor einiger Zeit in Marsch setzen müssen. So

kommen etwa 900 Abstimmungsberechtigte aus Nordamerika und Kanada, 210 Abstimmungsberechtigte aus Mittel- und Südamerika. Aus Afrika und Asien werden etwa 30 Abstimmungsberechtigte erwartet. Von den europäischen Ländern kommen 280 aus Holland, 360 aus Luxemburg, 70 aus der Schweiz, 44 aus Belgien, 43 aus Spanien, 27 aus Österreich, 33 aus Italien, 17 aus England und 10 aus Polen. Aus zahlreichen kleineren Ländern Europas kommen ebenfalls Abstimmungsberechtigte. Das Hauptkontingent der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich entfällt natürlich auf Westdeutschland. Aus Berlin werden 1700 Menschen erwartet, aus Ostpreußen 206, aus Danzig 15, von Eupen-Malmedy etwa 40, aus Schlesien etwa 200. Die deutschen Großstädte stellen einen hohen Prozentsatz der erwarteten Abstimmungsberechtigten. Allen voran marschiert hierbei Trier mit 1832 Menschen, die zur Teilnahme an der Saarabstimmung berechtigt sind.

In mühseliger Arbeit wurden bereits seit Monaten umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um den Massentransport nach dem Saargebiet in die Wege zu leiten. Die ungeheure Arbeit wird im Reich durch die Saarvereine bewältigt, während im Saargebiet selbst die Vorbereitungen in den Händen des Verkehrsbüros und Quartieramts der Deutschen Front liegen, die dafür Sorge trägt, daß jeder Abstimmungsberechtigte eine genau festgelegte Unterkunft erhält. Die Organisation wurde durch die strengen Bestimmungen der Regierungskommission sehr erschwert, so daß keiner der 57 geplanten Sonderzüge aus Deutschland vor Sonnabend, den 12. Januar, morgens 8 Uhr, ins Saargebiet einfahren darf und diese Züge bis Montag, den 14. Januar, abends 9 Uhr, das Saargebiet wieder verlassen haben müssen.

Was jeder Abstimmungsberechtigte wissen muß

Neue Bestimmungen für die Einreise in das Saargebiet! Abstimmungsberechtigte bedürfen keiner Einreisegenehmigung

Amtlich wird bekanntgegeben:

Nach der Verordnung der Regierungskommission vom 29. November 1934 gilt für die Einreise in das Saargebiet für die Zeit vom 27. Dezember 1934 bis zum 26. Januar 1935 einschließlich folgendes:

A. Die Personen, die in der oben angegebenen Zeit in das Saargebiet einreisen, müssen im Besitz

1. eines ordnungsmäßigen Reisepasses,
2. einer besonderen Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet sein.

Der Antrag auf Einreisegenehmigung ist unter Uebersendung des Reisepasses an die Regierungskommission, Abteilung des Innern, in Saarbrücken zu richten. Bei Stellung des Antrages erfolgt zweckdienliche Beratung durch die Vertrauensleute und Ortsgruppen des Saarvereins.

Die Einreisegenehmigung ist innerhalb 24 Stunden nach der Einreise der Ortspolizeibehörde des Saargebiets vorzulegen. Sie berechtigt zu wiederholter Einreise in das Saargebiet innerhalb des in dem Genehmigungsvermerk bezeichneten Zeitraums.

Personen, denen die Genehmigung zum vorübergehenden Aufenthalt im Saargebiet schon jetzt erteilt ist, müssen diese Genehmigung vor dem 27. Dezember erneuern. Die erneuerte Genehmigung berechtigt sie zu wiederholter Ein- oder Ausreise in das Saargebiet.

Mit Geldstrafe bis zu 750 Franken oder mit entsprechender Haft wird bestraft, wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Die Gebühr für die Einreisegenehmigung beträgt 20 Franken, die Gebühr für die erneuerte Genehmigung 2 Franken. Die Gebühr kann in begründeten Fällen, ins-

besondere bei Bedürftigkeit der einreisenden Personen, falls ein dringlicher Anlaß zur Einreise besteht, erlassen werden.

B. Einer Einreisegenehmigung bedürfen dagegen nicht:

- a) außerhalb des Saargebiets wohnende abstimmungsberechtigte Personen. Für sie genügt der von der Abstimmungskommission ausgestellte Abstimmungsausweis in Verbindung mit dem Reisepaß;
- b) Personen, die im Besitz eines saarländischen Reisepasses oder eines saarländischen Personalausweises sind;
- c) Personen, die die auf Grund der Verordnung der Regierungskommission vom 27. Januar 1932 betreffend die Arbeitszentralstelle für das Saargebiet ausgestellten Legitimationskarten sowie die Grenzausweise gemäß Protokoll über die Gebrauchsrechte an der saarländisch-französischen Grenze vom 13. November 1926 besitzen.

+

Was habe ich als Abstimmungsberechtigter zu beachten?

Diese Frage muß sich jeder Abstimmungsberechtigte vorlegen und genauestens beantworten. Denn von der Einhaltung der für ihn gültigen Vorschriften hängt es ab, ob er seine Abstimmungspflicht reibungslos ausüben in der Lage ist.

Wir werden deshalb in unserer nächsten Ausgabe die einzelnen Punkte zusammenfassen, die Rechte und Pflichten der Saarabstimmungsberechtigten enthalten. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam und raten im eigenen Interesse der Abstimmungsberechtigten, diese Punkte genau zu beachten.

Arbeitsdank

Aus der immer dringender werdenden Notwendigkeit, den Arbeitsdienst mit dem fürsorglichen Element zu versehen, das seinem innersten Wesen entspricht, ist der Arbeitsdank im November des Jahres 1933 unter dem Ehrenpräsidium des Reichsarbeitsführers, Staatssekretär Konstantin Hierl ins Leben gerufen.

Seine Aufgaben sind:

1. Die Berufsfürsorge für die aus dem Arbeitsdienst ausscheidenden Arbeitsmänner und Führer
2. Die Sorge für die im Arbeitsdienst zu Schaden gekommenen Arbeitsmänner
3. Sorge für die unverschuldet in Not geratenen Kameraden des Arbeitsdienstes
4. Pflege des Arbeitsdienstgedankens.

Die Sorge um die Zukunft des Arbeitsmannes und die daraus erwachsende Verantwortung vor der ganzen Nation, die begründet liegt in der Erhaltung aller im Arbeitsdienst geschaffenen hohen Werte, ließ die Führer des Arbeitsdienstes als Träger einer neuen Arbeitswertung im nationalsozialistischen Staate zuerst und in geschlossener Einmütigkeit die Mitgliedschaft des Arbeitsdank erwerben. Durch dieses verantwortungsbewusste, entschlossene Handeln war der Arbeitsdank in aller kürzester Frist in der Lage, in hohem Maße an der Eingliederung ausscheidender Arbeitsmänner in die deutsche Wirtschaft mitzuwirken.

In Erfüllung dieser Aufgabe ist der Arbeitsdank nicht nur mit den staatlichen Organen der Berufsvermittlung, der Reichsanstalt und den Arbeitsämtern in Verbindung getreten, sondern darüber hinaus wird auch die Förderung einer zweckmäßigen und gesunden Selbsthilfe immer greifbarer und notwendiger werden. In dieser Richtung hat der Arbeitsdank zunächst mit den Reichsberufsgruppen in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft Vereinbarungen getroffen, die geeignet sind, sowohl in schulungsmäßiger Hinsicht, als auch in dem vorbildlichen System der Berufsvermittlung gerade den gehobeneren Kräften unter den ehemaligen Arbeitsdienstlern die unerlässlich notwendige Förderung zu sichern. Außerdem aber zeigt die deutsche Wirtschaft gerade für den aus dem Arbeitsdienst ausscheidenden Arbeitsdienstskameraden erfreulicherweise ein immer größeres Verständnis, das sich auch mit der Zeit noch weiterhin vertiefen wird.

Die Aufgabe, welche der Arbeitsdank in seiner Berufsfürsorge zu erfüllen hat, ist nicht einfach zu lösen und darf keinesfalls schematisch oder in massenmäßiger Einsatz von Arbeitsmännern durchgeführt werden. Aus der Schule des Arbeitsdienstes gehen junge Menschen hervor, die den Segen der Arbeit als solche kennen gelernt haben, deren Freude am eigenen Leistungsvermögen den geistigen, sittlichen und charakterlichen Wert der Schule des Arbeitsdienstes kennzeichnet. Solche gehobenen Arbeitskräfte dürfen nicht an einen Arbeitsplatz gestellt werden, sondern an ihre Arbeitsstätte, also dorthin, wo sie imstande sind, alle ihre Kräfte im Dienst an der Arbeit und somit im Dienst am Volke voll zu entfalten. Mit den erhöhten Anforderungen an die Arbeitsfreudigkeit dieser jungen Menschen kommt auch der Arbeitswille zur vollen Geltung.

Das Aufnahmevermögen der deutschen Wirtschaft ist jedoch noch nicht groß genug, um alle berechtigten Wünsche in dieser Hinsicht vordringlich berücksichtigen zu können. Auf der anderen Seite aber dürfen die Arbeitskameraden nicht wieder den schädlichen Folgen der Untätigkeit ausgesetzt werden. Um die Zeitspanne, bis die deutsche Wirtschaft nach und nach so aufnahmefähig geworden ist, daß sie den erhöhten Anforderungen planvollen Kräfteeinsatzes voll entsprechen kann, zu überbrücken, wird der Arbeitsdank die Errichtung von Auffangslagern, in Verbindung mit zweckentsprechenden Arbeitsmöglichkeiten immer mehr zu fördern suchen.

Einen wesentlichen Fortschritt in dieser Richtung konnte der Arbeitsdank nach Verhandlungen mit einigen Firmen auf der Reichsautobahn München—Landesgrenze erreichen. Zur Zeit bestehen dort bereits 3 Auffanglager mit je etwa 60 Mann Gefolgschaft, die der Arbeitslosigkeit entrissen sind. Neben ausgezeichnete Verpflegung und Unterkunft erhalten alle Kameraden einen Lohn von wöchentlich 18 RM. in bar ausgezahlt. Weiterhin wird ihnen außer dem Arbeitsanzug eine Arbeitsdanktracht, — schwarze Hose und Schafstiefel, braune Kletterweste, Braunhemd, schwarzer

Binder und blaue Schirmmütze mit dem Arbeitsdankabzeichen geliefert. Letztere geht in den Besitz des Arbeitskameraden über und wird von ihm in täglichen Raten von 30 Pfg. abbezahlt. Für jeden Kameraden ist bei der Spar- und Darlehnskasse ein Sparbuch angelegt, auf das durch Lohnabzug wöchentlich 5 RM. eingezahlt wird. Wenn nun die Kameraden von der Reichsautobahn in ihren erwählten Beruf hineingehen, werden sie einen recht ansehnlichen Betrag gespart haben, der ihnen über die ersten Schwierigkeiten des Arbeitsplatzwechsels hinweghelfen wird.

Die Lager bestehen erst ganz kurze Zeit und bereits in den ersten Tagen konnten 7 Kameraden in ihren Beruf übergeführt werden und 7 neue Kameraden in der Autobahn in Lohn und Brot gebracht werden.

Damit sind die Möglichkeiten der Berufshilfe im Arbeitsdank jedoch noch nicht erschöpft.

Durch die Arbeit am Boden im Arbeitsdienst wird die Lust und Liebe zu ländlicher Arbeit in der jungen Generation wieder geweckt. Die ländliche Berufsfürsorge des Arbeitsdank hat hier ganz besondere Aufgaben, die durch die eigens hierfür geschaffenen Siedlungsdienststellen erfüllt werden müssen. Zunächst sorgt der Gauobmann des Arbeitsdank in seinem Gaubereich für die Ueberleitung wirklich landfähiger und landwilliger Arbeitsmänner in den ländlichen Beruf. Der Siedlungsdienst des Arbeitsdank hat die erforderlichen Schulungseinrichtungen, soweit sie auf die künftige Siedlung abgestellt sind, im Benehmen mit den Gauobleuten des Arbeitsdank zu schaffen. Der weitere Einsatz vorgeschulter Arbeitsmänner, Landhelfer oder Arbeitsgruppen in Kultivierung, Zwischenwirtschaft und Siedlungsverfahren ist Sache des Siedlungsdienstes in Verbindung mit zuständigen Trägern des Siedlungsverfahrens und den Trägern der Siedlungsarbeiten.

Der Siedlungsdienst hat sich in Erfüllung seiner Aufgaben als Dienst an der Siedlung mit keiner Siedlungsarbeit zu befassen, für die vom Reich besondere Träger eingesetzt sind. Der Siedlungsdienst hat sich auf helfende Tätigkeit im Sinne der geschilderten Aufgaben zu beschränken und sich nur dort einzuschalten, wo dies von den verantwortlichen Trägern der Siedlung für zweckmäßig erachtet wird.

Eine weitere Aufgabe des Arbeitsdankes ergibt sich aus der Fürsorge für die zu Schaden gekommenen Kameraden. Die zur Zeit noch bestehenden versicherungsrechtlichen Bestimmungen sind völlig unzureichend; sie stammen noch aus einer Zeit, in der der Arbeitsdienst noch eine Angelegenheit der Erwerbslosenfürsorge war und tragen seinem jetzigen Inhalt als Ehrendienst am deutschen Volke in keiner Weise Rechnung. Der Arbeitsdank hat die Aufgabe, hier bis zur Schaffung eines würdigen Arbeitsdienstversorgungsgesetzes ergänzend in besonders schweren Härtefällen einzugreifen. Aber wenn auch die Schadensversorgung gesetzliche Regelung erfährt, würde es immer noch eine Anzahl von Fällen geben, die durch Gesetze nicht zu erfassen sind. Hier wird der Arbeitsdank für den Arbeitsdienst etwa die gleiche Bedeutung haben wie die NSKKV. für die Kriegsoffer.

Weiterhin wird der Arbeitsdank in zunehmendem Maße für die Schaffung von Erholungsheimen Sorge tragen; diese Erholungsheime werden nach und nach an den verschiedensten Stellen des Reiches mit bestimmter Heilindikation zu errichten sein.

Als letzte Aufgabe endlich fällt dem Arbeitsdank die Pflege des Arbeitsdienstgedankens zu. Den Geist des Arbeitsdienstes, den der Kameradenschaftspflege in der Arbeit und als Dienst an der Arbeit zu erhalten und ihn im Erwerbsleben zum Nutzen der deutschen Wirtschaft und der ganzen Nation zu fördern, ist höchstes Ziel der Mitgliedschaften im Arbeitsdank, die jetzt überall im Reich ausgezogen werden. Die Bewegung eines solchen Zusammenschlusses hat unter den aus dem Arbeitsdienst ausgeschiedenen Kameraden einen solchen Umfang angenommen, daß die Leitung des Arbeitsdank sich veranlaßt sah, Richtlinien für die Bildung solcher Mitgliedschaften herauszugeben. Diese Mitgliedschaften unterstehen den Gauobleuten und den örtlich, ehrenamtlich eingesetzten Obleuten der Mitgliedschaft.

Das vom Arbeitsdank neu eingeführte Arbeitsdanksparmarktenbuch, welches von der Reichsleitung in Verbindung mit einem Abkommen mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband herausgegeben wurde, wird vielen Kameraden den Existenzaufbau erleichtern.

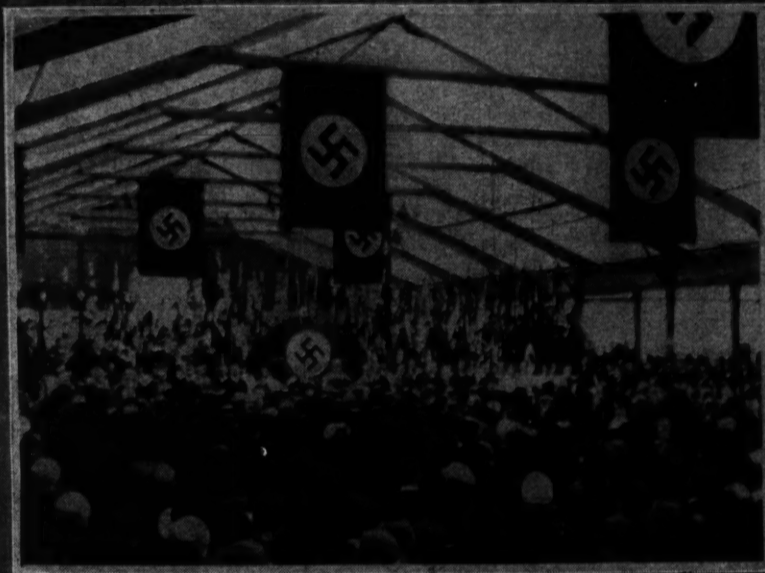
Regelmäßige Zusammenkünfte der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

- Ortsgruppe Aachen:** Jeden ersten Sonntag im Monat im Hotel Restaurant Werner, Thüringer Hof, Seilgraben.
- Ortsgruppe Berlin:** Jeden ersten Donnerstag im Monat im Restaurant „Zum Franziskaner“ im Stadtbahnbogen Friedrichstraße (Barock-Saal), abends 8½ Uhr.
- Ortsgruppe Bielefeld:** Jeden letzten Samstag im Monat, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Erholung“, Papenmarkt.
- Ortsgruppe Bingerbrück:** Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Gasthaus zum Bingerwald“, Bingerbrück, Coblenzer Str. 105. Besitzer Jakob Walb, geborener Saarländer.
- Ortsgruppe Bochum:** Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal Gasthaus Ohligschläger, Bochum, Hattinger Straße 103.
- Ortsgruppe Bottrop:** Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Vereinslokal Mainz (Storp), nachmittags 5 Uhr.
- Ortsgruppe Bremen:** Jeden zweiten Montag im Monat in „Baune's Restaurant“ am Marktplatz 9.
- Ortsgruppe Buer:** Monatsversammlung stets am ersten Sonntag nach dem 13., um 5 Uhr nachmittags, in der Wirtschaft Man, Dorstener Straße.
- Ortsgruppe Buer-Erle:** Jeden dritten Sonntag im Monat im Restaurant „Kaiserhof“, Buer-Erle, Bismarckstraße 178, nachm. 5 Uhr.
- Ortsgruppe Castrop-Rauel-Nord 2:** Jeden zweiten Sonntag im Monat im Vereinslokal Budde, Adolf Hitlerstraße.
- Ortsgruppe Castrop-Rauel-Süd:** Jeden zweiten Sonntag im Monat bei Witwe Altheide, Holzstr. 55.
- Ortsgruppe Chemnitz:** Jeden 3. Freitag im Monat in „Länzers Restaurant“, Langestraße 17, abends 8 Uhr.
- Ortsgruppe Datteln:** Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokal Börner (Gasthaus zur Post).
- Ortsgruppe Dillenburg:** Jeden ersten Sonnabend im Monat im Hotel „Zum Hirsch“, obere Hauptstraße.
- Ortsgruppe Dinslaken:** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, abwechselnd im NSD-Heim (Zum Fürsten Bismarck) und beim Landsmann Rau.
- Ortsgruppe Dortmund:** Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr bei Berghoff, Körnerplatz.
- Ortsgruppe Duisburg:** Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Bürgergesellschaft „Union“, Duisburg, Josephsplatz 3, abends 8 Uhr.
- Ortsgruppe Düsseldorf:** Jeden zweiten Samstag im Monat (bzw. durch bes. Rundschreiben) im Restaurant „Reinhold“, Kasernenstraße 29 (bei Landsmann Wagner), abends 8½ Uhr.
- Ortsgruppe Erkerschwid i. W.:** Jeden zweiten Sonntag im Lokal von Herrn Anton Hundrop.
- Ortsgruppe Erfurt:** Jeden zweiten Dienstag im Monat 20.15 Uhr im Hotel „Fürst Bismarck“, Erfurt, Reglering Nr. 6.
- Ortsgruppe Gelsenkirchen:** Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhof-Hotel Gelsenkirchen, gegenüber dem Hauptbahnhof.
- Ortsgruppe Gelsenkirchen-Horst:** Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Heinrich Dehler, Horst-E., Am alten Amtshaus.
- Ortsgruppe Hagen:** Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Deutscher Krug“, Körnerstraße.
- Ortsgruppe Halle:** Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 20 Uhr 30 Min., im „Koburger Hofbräu“, Kaulenberg.
- Ortsgruppe Hamburg:** Jeden zweiten und vierten Freitag im Monat, abends 8 Uhr, im Hansa-Hotel, Hamburg, Klosterhof 6.
- Ortsgruppe Hannover:** Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 20½ Uhr, im Restaurant Ferd. Steg, Haltenhoffstraße 22.
- Ortsgruppe Heilbronn:** Jeden zweiten Samstag im Monat im „Fürstenberger Hof“ in der Deutschhofstraße bei Herrn Stirn.
- Ortsgruppe Herne:** Jeden Donnerstag, 8 Uhr, Ritterschenke, E. Biermann, Bahnhofstraße 128.
- Ortsgruppe Herxheim-Dorsten:** Jeden zweiten Sonntag im Monat, 15 Uhr, Westfalenhalle.
- Ortsgruppe Hof-Saale:** Jeden zweiten Montag im Monat, wechselseitig bei Vereinsmitgliedern und Gaststätte Ruckbuttn, Ludwigstraße.
- Ortsgruppe Homberg:** Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Restauration „Zur Post“, Inh. Heinrich Friedrichs, Mörserstraße, Hochheide, um 16 Uhr.
- Ortsgruppe Karlsruhe:** Jeden ersten Mittwoch im Monat im Lokal zum „Prinzen Karl“, Ede Zirkel- u. Lammstraße, abends 8½ Uhr.
- Ortsgruppe Köln:** Jeden ersten Mittwoch im Monat, Rudolfsaal, Inh. Heinrich Feith, Hahnenstr. 36.
- Ortsgruppe Lübeck:** Jeden dritten Montag in jedem Monat, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstraße 16.
- Ortsgruppe Mainz:** Jeden ersten Mittwoch im Monat in der Gaststätte am Kaisertor, Rhein-Allee 2, abends 8.30 Uhr.
- Ortsgruppe Mörs-Meerbed:** Jeden vierten Sonntag im Monat, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Hendricks (früher Hüsten), Meerbed, Bismarckstraße.
- Ortsgruppe Mülheim:** Jeden zweiten Samstag im Monat im Hotel „Rheinischer Hof“, Hindenburgstraße 162, Am Hauptbahnhof.
- Ortsgruppe Münster i. W.:** Jeden zweiten Samstag im Monat von abends 20½ Uhr an im Mathäuserbräu, Münster, Roggenmarkt 16—17.
- Ortsgruppe Neuh.:** Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Junsthause Neuh.
- Ortsgruppe Nürnberg:** Jeden zweiten Mittwoch im Monat Nürnberg-A., „Coburger Hof“, Hallplatz 7, abends 8 Uhr.
- Ortsgruppe Oberhausen:** Jeden vierten Sonntag im Monat in der Gastwirtschaft „Im Krug“, Eduard Tenge, Oberhausen, Markt 5.
- Ortsgruppe Osnabrück:** Jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Bayerischer Hof (Stadtschänke), Adolf-Hitler-Platz, 8½ Uhr abends.
- Ortsgruppe Recklinghausen:** Jeden ersten Donnerstag im Monat, abends von 7 Uhr ab, im Lokal „Zum Drübbelken“, Münsterstraße.
- Ortsgruppe Rheinhausen:** Jeden letzten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Portmann, Deichstraße 109.
- Ortsgruppe Schwelm:** Jeden zweiten Freitag im Monat im Gemeindeposthaus Heinz Störckuhl.
- Ortsgruppe Sobernheim (Nahe):** Monatsversammlung jeden ersten Samstag im Monat im Hotel Caesar (Schuler), Untere Adolf-Hitler-Straße, 8½ Uhr.
- Ortsgruppe Stettin:** Jeden zweiten Mittwoch des Monats im Restaurant „Zum Landsknecht“, Birkenallee, Grabower Straße.
- Ortsgruppe Stuttgart:** Jeden ersten Montag im Monat im Restaurant Schwalb, Stuttgart, Charlottenplatz 3.
- Ortsgruppe Wanne-Eidel:** Jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthause Anton Altmeyer, Wanne-Eidel, Hindenburgstraße 20.
- Ortsgruppe Wattenscheid:** Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Josef Meyer (Zentralhof), Oststraße 19, nachmittags 5 Uhr.
- Ortsgruppe Wiesbaden:** Jeden zweiten Donnerstag im Monat 8 Uhr abends im Restaurant „Lese-Verein“, Luisenstraße. Ferner Stammtisch: Altbayerische Weinstube, Luisenstraße, Hotel Union, Neugasse.
- Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen:** Jeden ersten Montag im Monat, abends 8.30 Uhr, im Kurpark Wilhelmshaven.
- Ortsgruppe Wuppertal:** Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant Löwen, Elberfeld, Bahnhofstraße 18.

Weitere Ergänzungen werden erbeten!

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

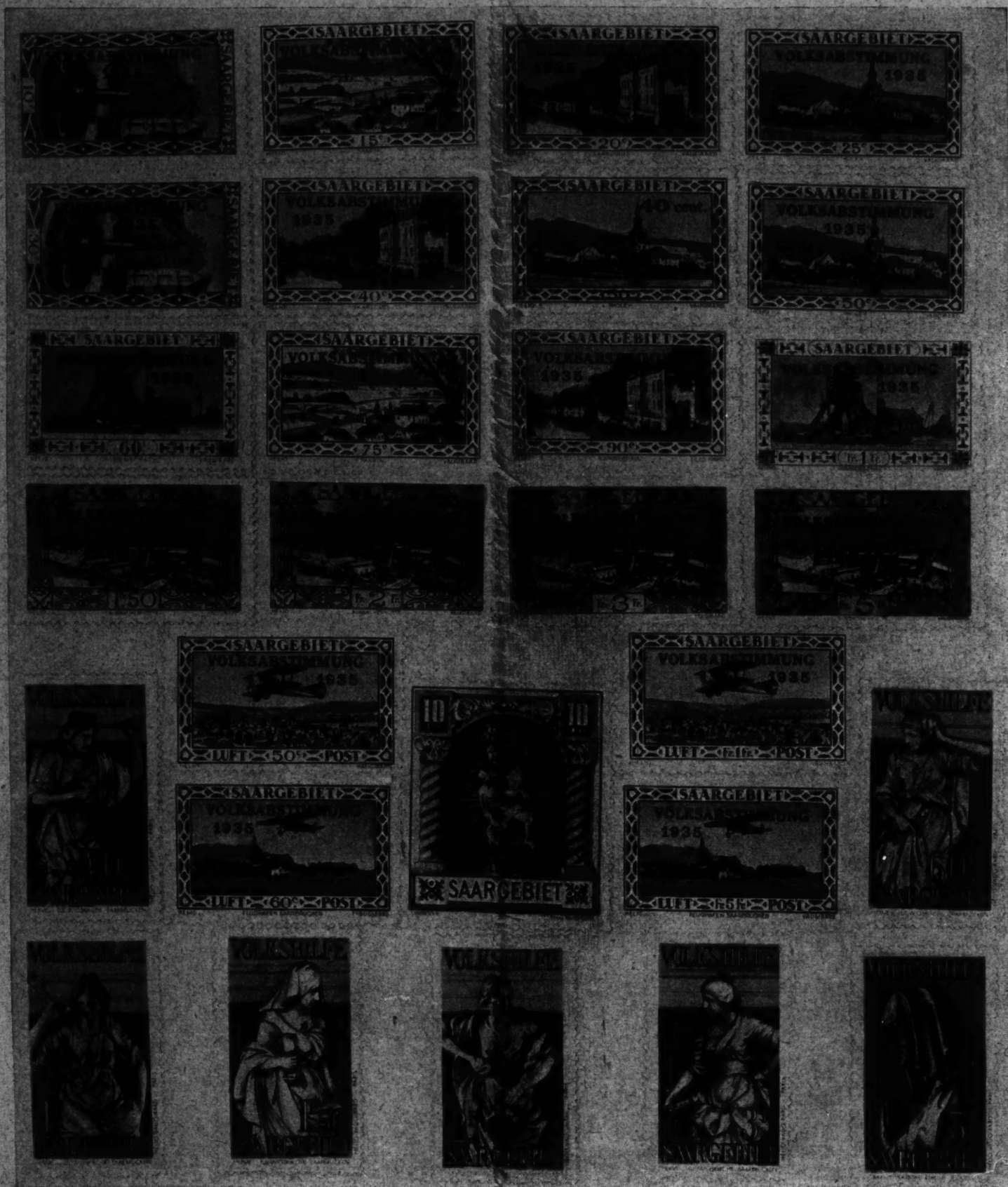
Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zulassung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluss: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank. Depositionskasse O. Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Haupt-schriftleiter Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 9000.



In Kiesenkundgebungen

nimmt das Deutsche Saarvolk zur bevorstehenden Saarabstimmung Stellung. In Saarbrücken ist ein über 40000 Personen fassendes Zelt errichtet worden, das allsonntäglich überfüllt ist

Neue Saarbrief- und Saarbriefwohlfahrtsmarken



Schütze des Saarlandes heilige Scholle,
 Deutsch muß sie bleiben, komme was wolle:
 Komme was wolle, Freud oder Leid,
 Deutsch muß sie bleiben in Ewigkeit!